

Sozialdemokratischer Pressedienst

Berater und Schriftföhrer:
J. B. Geyer
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Gepedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 4. Januar 1933

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Rückschau aus Bayern.

SPD. München, 4. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Papenjahr, dem tollsten seit Bestehen der deutschen Republik, hat der königliche Freistaat Bayern nicht schlecht abgeschnitten. In der Gesamtbi-
lanz der deutschen Innenpolitik ist der bayerische Posten ziemlich weit nach
vorne gerückt und hat eine erheblich grössere Bedeutung erhalten als in frü-
heren Jahresbilanzen. Schon die ersten Monate der beginnenden Naziinflation
brachten ihm eine Mehrung des Ansehens, nachdem Verlauf und Ergebnis der
Reichspräsidentenwahlen den Beweis geliefert hatten, dass die grosse Mehrheit
der bayerischen Bevölkerung von einer Hitlerdiktatur nichts wissen will und
unter Umständen sogar bereit ist, einem Dritten Reich den Uebergang über den
Main nicht zu gestatten. In einer klaren Entscheidung hatten die bayerischen
Wähler am 13. März und am 10. April ihr Land zu einem zuverlässigen Bollwerk
der Demokratie gemacht und die drei nachfolgenden Wahlen bekräftigten erst
recht die Tatsache, dass die Gegnerschaft zu Faschismus und Diktatur keiner
Saisonlaune, sondern politischem Charakter entsprungen war. Diese Erkenntnis
verschaffte dem Lande in den Flutmonaten der Hitlerei den Ruf einer demokra-
tischen Insel in Deutschland und zog viele ausserbayerische Herzen und so
manche Sehnsucht in ihren Bann.

Als dann der Berliner Herrenklub die Regierung der Barone in den Sa-
bel hob, ertönte wiederum aus bayerischen Landen das unfreundlichste Echo. Das
zweite Tolerierungsgeschenk Papens ans Hakenkreuz, die Freigabe der Strasse
für die braune Soldateska, zeitigte jenen schweren Konflikt der Reichsge-
meinschaft mit den Ländern, in dem unter Führung Bayerns die Polizeihöheit zur Aufrecht-
erhaltung des inneren Friedens aufs Aeusserste verteidigt wurde, bis eine wei-
tere Diktaturverordnung der Barone den Ländern ihre verfassungsmässige Rechts-
pflicht für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit aus den Händen
schlug und die Schleusen zum blutigen Bürgerkrieg öffnete. Trotz dieses Ge-
waltstreicks von oben, der dem Reichsoberhaupt die ihn in Bayern besonders
zugewachsenen Sympathien kostete, stellte sich Bayern nicht verdrossen in die
Ecke, sondern setzte alles daran, um in tatkräftiger Abwehr der neu wütenden
brutalen Mordhetze und des blutigen Terrors wenigstens die gemeinsten und
rohesten politischen Verbrechen von seinem Gebiet fernzuhalten.

Ein weiteres Verdienst erwarb sich Bayern durch seinen Widerstand gegen
die dritte und grösste Liebesgabe Papens an die Nazis, die unter Gewaltan-
drohung erfolgte Absetzung der verfassungsmässigen Preussenregierung. Mit
seiner Rechtsverwahrung im Reichsrat und der Klage beim Staatsgerichtshof
trug es wesentlich dazu bei, dass im öffentlichen Urteil der Sinn und Zweck
dieses unerhörten Verfassungsbruchs klar erkannt wurde. Wohl stellte sich
im weiteren Geschehen heraus, dass das offizielle Bayern den Weg der demokra-
tischen Tugend nicht selbstlos beschritten hatte, sondern dass es die mit der

vor, um den bankrotten Grossbetrieb zu schonen. Die Landschaften erhalten Regierungssubventionen, um die heruntergewirtschafteten Grossbetriebe nicht zur Zwangsversteigerung zu bringen. Was die Gläubiger, deren Forderung hinter der ersten Hypothek der Landschaften steht, anfangen sollen, ist der Reichsregierung und den mit den Grossgrundbesitzern versippten Direktoren der Landschaften ziemlich gleichgültig. Vorläufig können sie wegen des Sicherungsverfahrens an die meisten Betriebe nicht heran. Aber auch, wenn das Moratorium aufgehoben wird, ist ihnen wenig geholfen. Kommt es wirklich zur Zwangsversteigerung, dann verlangt die Landschaft, wenn Gläubiger oder Siedlungsgesellschaften das überschuldete Gut übernehmen wollen, die sofortige Auszahlung der ersten Hypothek, was natürlich unmöglich ist. Andererseits sind die Landschaften bereit, Söhnen, Töchtern oder Verwandten des Besitzers den Kredit zu belassen - um den Besitz der Familie zu erhalten. Diese unerhörte Korruption wird erst durch die Zinssubvention des Reiches an die Landschaften ermöglicht.

Der gegenwärtige Reichskanzler hat in seiner bekannten Rundfunkrede 800 000 Morgen Siedlungsland versprochen. Durch derartige Subventionsmethoden wird aber jede Siedlung unterbunden. Es ist in die Hand der Landschaften gegeben, ob Siedlungsland zur Verfügung gestellt wird oder nicht. Und die Landschaften wollen, das zeigen sie jeden Tag, nicht siedeln.

Aber auch die Landstellen geben sich jegliche Mühe, die Siedlung zu hintertreiben. Es soll kein Grund und Boden aus der Hand des Grossgrundbesitzes in die Hand des wirklich schaffenden Landwirts kommen. Jede Bereinigung der Schuldverhältnisse wird hinausgeschoben und möglichst kein Sicherungsverfahren als abgeschlossen erklärt. So sind, seitdem mit der Ausscheidung der nichtsanierungsfähigen Güter aus dem Sicherungsverfahren begonnen wurde, erst 25 000 Morgen dem Zugriff der Gläubiger freigegeben worden. Das sind rund 3% von den 800 000 Morgen, von denen der gegenwärtige Reichskanzler einmal sprach. Zu erwähnen ist wohl auch noch die Reichsanstalt für Angestelltenversicherung, die etwa 166 Millionen Mark Agrarhypotheken besitzt und sich gegen jeden Verkauf der von ihr beliehenen Betriebe an die Siedlungsgesellschaften wehrt.

Alles das geschieht unter den Augen des "sozialen Generals", der andauernd davon redet, dass gesiedelt wird. Es wird aber nicht gesiedelt. Man macht vielmehr reaktionärste Subventionspolitik, um bankrotte Grossgrundbesitzer über Wasser zu halten.

SPD. Wie die autoritäre Regierung den Siedlungsgedanken sabotiert, beweist der Konflikt des Reichskommissars für das preussische Landwirtschaftsministerium mit der gemeinnützigen Siedlungstreuhand G.m.b.H.

Diese Siedlungsgesellschaft betreibt nach den Ideen des Universitätsprofessors Franz Oppenheimer mit grossem Erfolg die Ansetzung von landwirtschaftlichen Arbeitern als Siedler. Es werden grosse Güter aufgekauft. Die geeigneten Stellen erhalten die Siedler, während das Restgut als Grossbetrieb weiterbewirtschaftet wird. Seit dem Jahre 1930 wurden von der Siedlungstreuhand rund 12 000 Morgen auf den Gütern Bärenklau bei Velten, Lüdersdorf bei Wriezen, Blumberg bei Werneuchen und Frankenfelde bei Wriezen erfolgreich bewirtschaftet und versiedelt. Das Unternehmen zeigt vor allem, dass man auch grosse Güter ohne Grossgrundbesitzer bewirtschaften kann. Das ärgert seit langem den Reichslandbund und der Reichslandbund kämpft mit allen Mitteln gegen die Siedlungstreuhand G.m.b.H. Unter der autoritären Regierung haben die Grossagrарier nun zu einem neuen Schlag ausgeholt.

Geschäftsführer der Siedlungstreuhand ist ein Dr. Dix. Der Mann ist tüchtig. Während des Krieges hat er in Preussen sich in der Urbarmachung von Mooren bewährt und besitzt aus dieser Zeit glänzendste Zeugnisse des preussischen Staates, wurde auch mit dem Verdienstkreuz für Kriegshilfe ausgezeichnet. Überhaupt hat der Mann sein ganzes Leben in Deutschland verbracht. Aber er ist im

Preussenaktion in Angriff genommene Reichsreform dazu benützen wollte, um die Weimarer Verfassung aus dem Jahre 1871 zurückzuschrauben und verlorengegangene Hoheitsrechte zurückzugewinnen. Einige schnellfüssige Partikularisten dachten schon daran, dem katholischen Herrenreiter bei seinem Staatsbesuch in München Ehrenportalen zu errichten, doch hatten sich die gescheiteren Leute soviel gesundes Misstrauen bewahrt, dass sie die föderalistischen Bekenntnisse des Herrenklubkanzlers als hohle Phrasen erkannten und hinter ihnen ein grosspreussisches Gespenst erblickten. Als dann der Herrenreiter bei der grossen Hürde des 6. November in weitem Bogen aus dem Sattel flog, liess man die bayerische Schallplatte "Zurück zu 1871" nicht mehr täglich spielen und ist jetzt vorsichtig genug, sie vorläufig nur noch zum gelegentlichen Hausgebrauch zu verwenden.

Die bayerische Geschäftsregierung Dr. Held, mit dem Beinamen, die Unsterbliche, will und kann sich nicht exponieren. Seit der Abwanderung des Justizministers Gürtner ins deutschnationale Berliner Aemterparadies ist ihre Basis unerträglich schmal geworden und sie bietet von aussen und erst recht von innen gesehen nur noch den Anblick eines blossen Vollzugsausschusses der Bayerischen Volkspartei. Ihr Leben fristet sie dem Grunde nach nur vom unversöhnlichen Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Nazifaschismus und ist zur Untätigkeit und schliesslich zu verfassungswidrigem Verhalten gezwungen, sobald die Mehrheit sich in sachlicher Opposition zusammenfindet. Das ist bisher schon in weniger wichtigen innerpolitischen Fragen der Fall gewesen und hat jeweils zu langen Auseinandersetzungen und kleinen Stürmen im Wasserglas geführt. Es ist unschwer vorauszusehen, dass neue Ereignisse in der Reichspolitik und vor allem die notwendigen Entscheidungen in dem mit der Vorlage und Verabschiedung des Haushalts 1933 verbundenen Finanzfragen eine Zeit politischer Spannungen in Bayern bringen, denen das 2½jährige geschäftsführende Rumpfkabinett nicht mehr gewachsen ist. Den Schlüssel zu der verfassungsmässig allein befriedigenden Lösung, Bildung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung, hat nach wie vor die Bayerische Volkspartei in Händen, in der sich aber immer noch die Kräfte für oder gegen eine positive Entscheidung streiten und die Wage halten. Das im Reich bequeme Mittel einer Parlamentsauflösung lässt sich in Bayern nicht anwenden, da die bayerische Verfassung nur eine Selbstauflösung der Volksvertretung kennt und die Fraktion der Braunhäusler schon durch blosses Fernbleiben von der Abstimmung imstande ist, jeden Auflösungsbeschluss zu verhindern. Dass sie im gegebenen Fall davon Gebrauch macht, steht bei dem inneren Krankheitszustand der Nazi-partei in sicherer Aussicht. Von dem im April 1932 auch in Bayern unnatürlich aufgeblähten Hitlerbonzen zu erwarten, dass er bescheiden wird und sich nach dem Willen des Volkes richtet, - dazu gehörte ein Aberglaube, der hinter dem Vertrauen in die Gaukeleien eines Medizinmannes nicht zurückstehen würde!

Parteitag 1933.

Am 12. März in Frankfurt/Main.

SPD. Der Parteivorstand beruft hiermit den diesjährigen Parteitag zum 12. März und folgende Tage nach Frankfurt/M. ein. Tagungsort: Zoologischer Garten. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Marx und die Gegenwart. Aufruf zum Sozialismus.

Referent: Rudolf Hilferding.

2. Die Politik der Sozialdemokratie.

Politischer Bericht des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion.

Referent: Otto Wels.

3. Krisenüberwindung durch sozialistische Güter- und Menschenökonomie.
Referent: Siegfried Aufhäuser.
4. Wirtschaftliche und politische Völkerverständigung.
Referent: Rudolf Breitscheid.
5. Parteiorganisation und Parteifinanzen.
Geschäftsbericht des Parteivorstandes. a) Organisation: Berichterstatter: Hans Vogel. b) Kasse. Berichterstatter: Siegmund Crummenerl. c) Frauenbewegung. Berichterstatterin: Marie Juchacz. d) Sozialistischer Kulturbund: Berichterstatter: Adolf Grimme.
6. Bericht der Kontrollkommission.
Berichterstatter: Klemens Hengsbach.
7. Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
8. Erledigung der Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung nicht erledigt sind.

Der Parteitag setzt sich zusammen aus den in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, der Vertretung der Reichstagsfraktion, den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission.

Anträge für die Tagesordnung des Parteitages werden nur behandelt, wenn sie von Parteiorganisationen gestellt und spätestens bis zum 8. Februar 1933 beim Parteivorstand eingereicht sind, damit sie laut Organisationsstatut § 13 Absatz 2 spätestens am 13. Februar veröffentlicht werden können.

Zum Parteitag gestellte Anträge müssen, jeder für sich auf ein besonderes Blatt Papier, einseitig beschrieben und mit der Angabe, zu welchem Punkt der Tagesordnung gehörig, versehen sein.

Im Anschluss an den Parteitag findet eine Frauenarbeitstagung statt, deren Tagesordnung noch bekanntgegeben wird.

Wegen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegierten rechtzeitig beim Lokalkomitee melden. Adresse: Conrad Brosswitz, Frankfurt a.M., Bürgerstr. 69/77.

Gastkarten für den Parteitag werden von dem Lokalkomitee in Frankfurt/M. ausgegeben; Zutrittskarten für die Berichterstatter der Presse nur vom Parteivorstand, Berlin SW. 68, Lindenstrasse 3.

Der Parteivorstand.

SPD. Hamburg, 4. Januar (Eig. Drahtb.).

Am Dienstag Abend ist der sozialdemokratische Senator in Altona Dr. Lamp'1 an Embolie, die sich im Anschluss an eine Nierensteinoperation bildete, gestorben. Dr. Lamp'1, der im 42. Lebensjahre stand, ist über die Grenzen Gross-Hamburgs besonders bekannt geworden durch seine Tätigkeit in der Revolutionszeit, wo er als ein führendes Mitglied des Hamburgischen Arbeiter- und Soldatenrates sich um die Ueberwindung der spartakistischen Revolutionskämpfe grosse Verdienste erwarb und im Februar 1919 zum Kommandeur von Gross-Hamburg ernannt wurde. Auch beim Kapp-Putsch hat Lamp'1 sich bei den Kämpfen gegen die Truppen des Putschisten Ledebur, die u.a. das Altonaer Rathaus besetzt hatten, hervorgetan. Im Jahre 1921 wurde Lamp'1 zum besoldeten Senator in Altona gewählt, wo er bis zur Verstaatlichung der Polizei das Amt eines Polizeichefs ausübte.

SPD. Kiel, 4. Januar (Eig. Drahtb.).

Mit besonderem Stolz sprachen die Nazis in Schleswig-Holstein von dem Bauerndorf Achtrup, in dem sie bei den Wahlen 5/6 Mehrheit bekommen hatten. In diesem Dorf konnten sie zeigen, wie eine nationalsozialistische Gemeindepolitik aussieht. Wie die Nazis die Gemeindeaufgaben bewältigt haben, ist mit

deutlicher Klarheit aus folgendem Vorkommnis ersichtlich. Der Gemeindevorsteher holte sich dieser Tage sämtliche Steuerzahler der Gemeinde zusammen, um sie von dem Unheil des seit zwei Jahren betriebenen Steuerstreiks der Nazi-bauern zu überzeugen. Von 188 Steuerzahlern zahlen nur 48 einen Teil ihrer Steuern. 140 zahlen seit zwei Jahren keinen Pfennig. Die Steuerstreikenden sind mit 30 000 Mark im Rückstande, und zwar mit 12 000 Mark Staatssteuern, 16 000 Mark Gemeindesteuern und 2 000 Mark sonstigen Steuern. Jetzt besteht die Gefahr, dass die Gemeinde ihre Unterstützungszahlungen einstellen und auch der Schulunterricht aufgegeben werden muss, da die Gemeinde kein Geld mehr hat, die Heizung zu bezahlen. Ob bei dieser Art Erneuerern des Reiches die Mahnungen des Gemeindevorstehers, jetzt endlich Steuern zu bezahlen, Erfolg haben werden, dürfte mehr als fraglich sein. Dieses Bild einer nationalsozialistischen Gemeindevirtschaft passt wundervoll zu der Zerfahrenheit des aufgeblähten Parteiapparats!

SPD. Die Nationalsozialisten führen in einem Antrag im Preussischen Landtag aus, dass die Fakultät für Bauwesen der Technischen Hochschule Berlin beschlossen habe, für den nichtbeamteten Professor der Abteilung für Bauingenieure, Dr. Ing. Schwerin, einen Lehrauftrag für Statik beim Minister zu beantragen. Befürworter sei der ordentliche Professor Dr. Reissner, der Jude sei. Schwerin sei sicherem Vernehmen nach ebenfalls Jude. "Um unliebsame Vorkommnisse", so sagt der Antrag, "wie die Studentenunruhen bei der Berufung des Professors Cohn in Breslau hier in Berlin zu vermeiden, wolle der Landtag beschliessen: Von der Erteilung eines Lehrauftrags an den Dr. Schwerin ist abzusehen." Die Erbärmlichkeiten von Breslau sollen in Berlin fortgesetzt werden. Die autoritären Kommissare lassen Zustände an den Hochschulen aufkommen, die eines Kulturvolkes unwürdig sind.

SPD. Die von Otto Strasser herausgegebene "Schwarze Front" setzt ihre Enthüllungen über die Zustände in der Hitlerpartei fort. Sie behauptet, dass Herr Röhm vor einigen Tagen rein privat bei Reichskanzler von Schleicher war und in heftigen Worten seine Unzufriedenheit mit Hitler zum Ausdruck brachte, was in Herrn von Schleicher den Gedanken entstehen liess, den Versuch zu machen, Röhm und Strasser einander anzunähern und Hitler zwischen diesen doppelten Druck zu nehmen.

Nicht minder bemerkenswert als diese Andeutung ist die Ankündigung von Veröffentlichungen eines Briefwechsels zwischen Adolf Hitler und Graf Reventlow über Gregor Strasser, der den politischen Hintergrund der Ausbootung Gregor Strassers noch weiter erhelle.

SPD. New York, 4. Januar (Eig. Drahtb.)

Die lange schwebenden Gegensätze zwischen der Bundesregierung und den Demokraten sind offen ausgebrochen. Präsident Hoover, der von seiner Feiertagsreise zurückgekehrt ist, beschuldigt die demokratische Kongressmehrheit der bewussten Blockierung der amtlichen Reorganisationspläne. Kongressvorschlag und Reorganisationsaufgabe Roosevelt zu überlassen, sei ein Ablehnungsmanöver und diene der Zunichtemachung der Hoover-Vorlage. Der Bundeskongress müsse entweder die Hände fortlassen oder dem Präsidenten weitgehendste Vollmachten erteilen. Die Kongressmehrheit bleibt unbeeindruckt von diesen scharfen An-

griffen, sie fährt in ihrer Anti=Hoover=Obstruktionspolitik fort, will aber Roosevelt späterhin weiteste Vollmachten erteilen.

Frau Minnie Craig wurde einstimmig zum Präsidenten der Staatslegislatur von Nord=Dakota gewählt. Frau Craig ist die erste Frau Amerikas auf solchem Posten.

SPD. Braunschweig, 4. Januar (Eig. Drahtb.)

Seit fünf Monaten wartet die Bevölkerung Braunschweigs auf die Gerichtsverhandlung gegen die drei Sprengstoffverbrecher, die im August vorigen Jahres das grosse Sprengstoffattentat auf Arbeiterwohnhäuser in der Langen Strasse in Braunschweig verübten. Der jugendliche SA=Mann Claus Hantel, einer der drei Verbrecher, hatte bereits einmal im Gefängnis einen Selbstmordversuch unternommen. Jetzt hat man ihn vor dem Prozess nach der Erziehungsanstalt Eckardsheim bei Bielefeld transportiert, und von dort ist er wieder entflohen. Die Braunschweiger werden also wieder mit einer Verschiebung der Gerichtsverhandlung gegen die Bombenverbrecher rechnen müssen.

SPD. Chemnitz, 4. Januar (Eig. Drahtb.)

Vor einigen Tagen ereignete sich während einer öffentlichen Sportveranstaltung der Deutschen Turnerschaft in Breitenau bei Oederan ein folgenschwerer Zwischenfall. Ein Besucher der Veranstaltung schlug den Vereinswart nieder und verletzte ihn so schwer, dass er nach wenigen Stunden starb. Die genaue Untersuchung dieser Bluttat hat ergeben, dass hier keine Affekthandlung vorliegt, sondern dass der dem Stahlhelm angehörende Vereinswart das Opfer eines vorbereiteten politischen Überfalls geworden ist. Der verhaftete Täter ist ein SA=Mann.

Der Stahlhelm verbreitet nun durch seine Bezirksgruppe Freiberg eine offizielle Erklärung, die darüber Aufschluss gibt. Es heisst in der Verlautbarung: Am 25.12.1932 wurde beim Fussballspiel in Breitenau der Stahlhelmkamerad und Wehrsportführer von Oederan Unger, gleichzeitig Turnwart der Breitenauer Deutschen Turnerschaft von einem SA=Mann namens Bertram erschlagen. Es hat sich ergeben, dass der Stahlhelmkamerad Unger schon seit langem von dem SA=Mann angerempelt und angepöbelt wurde. Politische Motive scheinen hierbei eine Rolle zu spielen. Der SA=Mann hat mit aller Gewalt dreimal die Schläfen des Kameraden Unger mit den Fäusten bearbeitet, das letzte Mal, als Kamerad Unger bereits zusammengebrochen war. Mit welcher Rohheit der SA=Mann verfahren ist, ergibt sich daraus, dass Nahestehende mit aller Deutlichkeit Knacksen hörten, als ob Knochen splitterten... Das bedauerlichste ist, dass Kamerad Unger ziemlich 41 Jahre und seit langer Zeit erwerbslos ist. Er hinterlässt zwei Söhne und eine Tochter, alle in minderjährigem Alter. Die Tochter ist blind und befindet sich in einer Anstalt. Weiter wird bekannt, dass der Stahlhelmmann deswegen von den Nazis verfolgt wurde, weil er sich vor einiger Zeit bei den Nazis angemeldet hatte, sofort aber wieder austrat, als er den wahren Charakter der Nazibewegung und ihrer Führer erkannt hatte. Der SA=Mann hat sich nach der Tat noch gebrüstet und mit Stolz betont, dass die SA=Leute "in Hammer-Leubsdorf solche Griffe lernten".

In Hammer-Leubsdorf, in der Nähe von Chemnitz, befindet sich eine sogenannte Sportschule der SA, deren Mitglieder und Insassen wegen ihrer Terrorakte gegen Andersdenkende schon oft von sich reden machten. Bereits vor einigen Monaten beschäftigte sich der sächsische Landtag anlässlich einer sozialdemokratischen Interpellation mit den dort herrschenden unhaltbaren Zuständen, bisher hat aber die Regierung fast nichts getan, um für geordnete Verhältnisse zu sorgen!

SPD. Schwerin, 4. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Naziregierung hat unter der mecklenburgischen Orpo starke Nazipropaganda betreiben lassen. Der mecklenburgische Nazi-Gauleiter hatte gelegentlich schon erklärt, die Polizeibeamten gehörten in grosser Zahl der SS an. In den Polizeiunterkünften machten die Nazis überall Propaganda. Uniformierte Nazis liefen dort ein und aus. Zu Neujahr hat man nun eine Reihe von Beförderungen vorgenommen, diese aber nur auf Mitglieder der Nazi-Partei beschränkt. Diese Tatsache und die Versetzung einiger republikanischer und rechtsstehender aber nicht zu den Nazis gehörender Offiziere hat den Unwillen unter der Beamenschaft zu höchsten Formen gesteigert. Am Sylvestertag erschien an verschiedenen Stellen in der Schweriner Polizeikaserne ein anonymes Flugblatt, das äusserst scharf gegen die Personalpolitik der Nazis Stellung nahm. Dieses Flugblatt hat die Erregung unerhört verschärft. Am Sonnabend wurde es von Offizieren beseitigt. Am Montag hingen neue Exemplare aus. Man fahndet jetzt nach den Urhebern.

SPD. In Heessen in Westfalen ist bei der Zeche Sachsen ein beispielloser Stilllegungsskandal im Gange. Diese Zeche gehörte dem Kupferkonzern Mansfeld, der sich schon seit Jahren nur noch mit Hilfe staatlicher Subventionskrücken aufrecht erhalten kann. Jetzt ist die Grube Sachsen von Mansfeld unter dem Druck des bekannten Montankapitalisten Otto Wolff an den Bergwerkskonzern Rheinpreussen verkauft worden und soll in kürzester Frist stillgelegt werden.

Schon dieser Verkauf ist ein Skandal für sich, denn Mansfeld beabsichtigt, seine Bergwerksbetriebe aus dem Konzern herauszulösen und dem Reiche zum Verkauf anzubieten. Der Fall "Zeche Sachsen" zeigt aber, dass das gerissene Privatkapital vorher die besten Stücke aus dem Montanbesitz herauszuschneiden und dem Reich nur die faulen Betriebe andrehen will. Die Angelegenheit wird aber noch toller, wenn man erfährt, dass es sich bei der Zeche Sachsen um eine erstklassige hochrentable Kohlengrube handelt, die zurzeit 3 000 Bergarbeiter mit Familien ernährt.

Dass es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die alle angeht, beweist die Tatsache, dass sich vom Regierungspräsidenten über die Kommunalbehörden bis zur Belegschaft eine einheitliche Abwehrfront gegen diesen Akt der Vergewaltigung gebildet hat. Die Vertretung der Belegschaft hat sich jetzt mit einem Hilferuf an die Regierung und die Öffentlichkeit gewendet und in einer zu diesem Zweck verfassten Broschüre nachgewiesen, dass es sich bei der "Zeche Sachsen" um eine Kohlengrube handelt, die sowohl in der Förderleistung als auch bei den Kohlenvorkommen es mit den besten Bergwerken im Westen aufnehmen kann. Wie der Abbau gelten auch die Kohlenwaschanlagen und Kokereien als Musterbetriebe erster Ordnung. Bei besserer Konjunktur kann die Zeche eine Belegschaft von 5 000 Mann beschäftigen.

Die Gemeinde Heessen hat seit der Abtötung der Zeche ihre Einwohnerschaft verdreifacht. Diese Industriegemeinde von über 9 000 Einwohnern wäre durch die Stilllegung zum Tode verurteilt. Die Millionen Investitionen für öffentliche Gebäude, Strassen und andere kommunale Anlagen wären nutzlos vergeudet. Die Belegschaft warnt mit Recht davor, die Bevölkerung durch derartige skandalöse Massnahmen zum hemmungslosen Radikalismus zu treiben.

Die Reichsregierung muss vor dem Parlament Farbe bekennen, was sie gegen diesen Anschlag des Konzernkapitals zu tun gedenkt. Eine Regierung, die ein derart verbrecherisches Treiben in einer Zeit, wo Millionen erwerbslos auf der Strasse liegen, dulden würde, hat jede Existenzberechtigung verloren!

SPD. London, 4. Januar (Eig. Drahtb.)

Japanische Meldungen besagen, das Truppenkommando in Schanhaikwan sei beauftragt worden, alles zu tun, um den neuen Konflikt zu "lokalisieren". Dieser Schwindel wird entlarvt durch die Bedingungen, die das japanische Oberkommando nach einem Telegramm aus Mukden, also aus japanischer Quelle, den Chinesen dafür angeboten hat: Räumung des Bezirks Schanhaikwan von chinesischen Truppen. Errichtung einer neutralen Zone bis 30 km jenseits der Eisenbahn; in dieser Zone dürfen sich chinesische Truppen nicht aufhalten. Verantwortlich für die Ereignisse von Schanhaikwan sind die chinesischen Ortsbehörden. Abzug der chinesischen Truppen innerhalb 24 Stunden. Schanhaikwan wird als Endpunkt des Gebietes von Manschukuo betrachtet!

Die chinesische Schanhaikwan-Truppen sammeln sich unter dem Schutz eines Panzerzuges bei Tschinwangtau. Japanische Panzerzüge fahren eben dahin. Auf eine japanische Note, die dem Marschall Tschanghsueliang alle Verantwortung aufbürdet, hat dieser geantwortet, dass er die Japaner verantwortlich mache. Zugleich hat er sie ersucht, ihre weiteren Mitteilungen an die chinesische Regierung in Nanking zu richten.

Ein Telegramm Tschiangkaischeks an den Oberfeldshaber in Nordchina versichert, China würde den Norden nicht im Stich lassen.

Der kommandierende britische Admiral in China Sir Howard Kelly hat zwei Kanonenboote nach Tschinmantau entsandt, um dort die britischen Interessen zu schützen.

SPD. Braunschweig, 4. Januar (E. Drahtb.)

Der braunschweigische Polizeiminister Klagges hat am Mittwoch die 600 Mann starke braunschweigische Schutzpolizei besichtigt und bei dieser Gelegenheit vor den Beamten eine parteipolitische Hetzrede gehalten.

Das November-System, das 13 Jahre lang herrschte, sei Schuld an der gegenwärtigen Not, als es sich den Versklavungsbedingungen eines Schmachtfriedens unterworfen habe. Die Regierungen dieses Systems hätten alles getan, was den Niedergang beschleunigen und die Katastrophe verschärfen konnte. Klagges suchte dann die Beamten politisch zu beeinflussen, indem er wörtlich erklärte: "Es liegt mir fern, Ihnen, meine Herren, irgendwelche Vorschriften parteipolitischer Art machen zu wollen. Aber darüber muss sich jeder Angehörige der braunschweigischen Schutzpolizei klar sein, dass er seine Pflichten gegenüber diesem Staat umso besser erfüllen kann, je mehr er von nationaler Grundgesinnung und von völkischem Lebenswillen erfüllt ist."

Klagges erklärte sich dann bereit, den Polizeibeamten die Zugehörigkeit zum Landesverband der braunschweigischen Schutzpolizei wieder zu gestatten, wenn der Deutsche Beamtenbund in Berlin für sich und seine Unterverbände die bindende Erklärung abgebe, dass er Kommunisten zu seinen Veranstaltungen nicht mehr zulasse. Klagges hat vor langer Zeit in völlig verfassungswidriger Weise den braunschweigischen Polizeibeamten verboten, Mitglied des dem Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Landesverbandes zu sein. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte sich mehrfach an den Reichsinnenminister gewandt, um die Aufhebung des Verbots zu erwirken. Unter dem Druck der drohenden Landtagsverhandlungen hat nun Klagges einen Rückzug angetreten, den er durch die Bedingung, die er stellte, zu bemänteln suchte.

SPD. Brüssel, 4. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei tagte am Mittwoch in Brüssel, um zu den Steuermassnahmen der Bürgerblockregierung Stellung zu nehmen.

Seit Jahren hat im Generalrat keine so scharfe und entschlossene Kampfesstimmung geherrscht. Die aufgrund einer Generalvollmacht der Parlamentsmehrheit getroffenen Massnahmen der Regierung, die eine schwere Belastung der Volksmassen und der Arbeiterschaft bei gleichzeitiger schamloser Schonung des Besitzes bedeuten, wurden von Vandervelde, Wauters und den Führern der grossen Gewerkschaftsverbände aufs schärfste gegeisselt. Es wurde beschlossen, sich nicht auf rein parlamentarische Kampfmittel zu beschränken, sondern den Widerstand gegen die Steuermassnahmen und den Missbrauch der Regierungsgewalt im Lande zu organisieren. Zu diesem Zweck wurde ein Organisationskomitee eingesetzt. Am Mittwoch-Nachmittag begab sich ausserdem eine Delegation des Generalrats unter Führung von Vandervelde zum Finanzminister Jaspar und machte diesen auf die erbitterte Stimmung der Volksmassen aufmerksam. Vandervelde warnte die Regierung vor den Folgen und erklärte, dass bei einer leicht wiederaufflammenden Streik- und Aufstandsbewegung wie im letzten Sommer die sozialistische Partei nicht für die Beruhigung, sondern für die siegreiche Durchführung des Kampfes einsetzen werde.

SPD. Hannover, 4. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Hannoversche SA veranstaltete eine Demonstration, bei der es wiederholt zu Ausschreitungen kam. Beim Vorbeimarschieren am Gewerkschaftshause stürzten sich auf Befehl eines SS-Führers, der das Kommando gab: "SS ran!" 40 bis 50 SS-Leute auf harmlose Zuschauer und misshandelten sie mit Schulterriemen. Die Polizei unternahm nichts gegen die Raufbolde. Gegen 12 Uhr nachts kam es in der Altstadt wiederholt zu Zusammenstössen zwischen SA und Kommunisten. Dabei wurden auch Passanten und Anwohner, die zufällig des Weges kamen, mit Schulterriemen, Koppel usw. von rauflustigen SA-Rowdies misshandelt. Eine Truppe von 40 SA-Leuten versuchte, das kommunistische Verkehrslokal zu stürmen, musste aber zurückweichen. Dabei fielen auch mehrere Schüsse. Auch an anderen Stellen wurde bei Zusammenstössen zwischen Nazis und Andersdenkenden geschossen. Ein unbeteiligter Passant erhielt mit einem Messer schwere Gesichtsverletzungen. Der Polizeibericht meldet sieben Verletzte. Zwei Nazis wurden durch Schüsse verletzt und fanden im Krankenhaus Aufnahme. Ein Kommunist, der mit einer Eisenstange auf Nazis eingeschlagen hatte, wurde festgenommen und dem Schnellrichter vorgeführt.

SPD. Bochum, 4. Januar (Eig. Drahtb.)

Wie sehr sich die Ruhr-Bergarbeiterschaft in den Betrieben von den Kommunisten abwendet, deren Betriebsräte besonders in ihren Hochburgen bei der Vertretung der Arbeiterinteressen schmächtig versagt haben, beweist das jüngste Beispiel der Betriebsrätewahl auf der Zeche Beekerwerth in Hamborn. Im Jahre 1932 erhielten die Kommunisten dort von 1935 abgegebenen Stimmen 61 Prozent, jetzt konnten sie bei 1855 Wahlberechtigten nur noch 35,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Der Stimmenanteil des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes stieg von 23 auf 36 Prozent. Die Christen blieben mit 17,7 Prozent gleich. Der Rest der verlorenen kommunistischen Stimmen findet sich bei den Nationalsozialisten, die 10,3 Prozent der Stimmen erhielten.

SPD. Paris, 4. Januar (Eig. Drahtb.)

Die französische Handelsmarine ist von einer neuen Katastrophe schwer betroffen worden. Der grösste und modernste Dampfer der Linie Frankreich-Südamerika, die "Atlantique", ist am Mittwoch früh auf hoher See im Ärmelkanal in Brand geraten und vollkommen zerstört worden. Glücklicherweise befand sich kein Passagier an Bord. Die Besatzung bestand aus 170 Mann, die sämtlich gerettet werden konnten.

Die "Atlantique", die auf derselben Werft in St. Nazaire gebaut wurde, wie der im vorigen Jahr verbrannte Dampfer "George Philippar", besass eine Wasserverdrängung von 42 000 Tonnen und war erst im September 1931 in Dienst gestellt worden. Von einer Südamerika Reise zurückgekehrt, hatte der Dampfer mit stark verminderter Besatzung am 3. Januar seinen Heimathafen Bordeaux verlassen, um sich nach Le Havre zu begeben, wo er im Trockendock einer Reinigung unterzogen werden sollte. Am Mittwoch früh um vier Uhr brach plötzlich an Bord des Dampfers, der sich etwa 75 Seemeilen westlich von Cherbourg befand, aus bisher noch unbekannten Gründen Feuer aus, das sich mit rasender Geschwindigkeit über das ganze Schiff ausdehnte. Der Kommandant liess sofort drahtlos Hilferufe aussenden, die von den Küstenstationen Brest, Cherbourg und Le Havre sowie von einigen in der Nähe befindlichen Dampfern aufgefangen wurden. Von den drei Häfen wurden mehrere Bugsierdampfer zur Hilfeleistung entsandt. Ebenso eilten die in der Nähe befindlichen Schiffe, die die Funksprüche aufgefangen hatten, an die Unglücksstelle. Der erste Dampfer, der dort eintraf, war der Hapag-Lloyd-Dampfer "Ruhr", der sich auf dem Rückwege von den Antillen nach Hamburg befand. Inzwischen hatte der Brand trotz aller Bemühungen der Besatzung einen derartigen Umfang angenommen, dass der Kapitän um sechs Uhr morgens den Befehl geben musste, das Schiff zu räumen. Bei den Löscharbeiten haben mehrere Matrosen Brandwunden erlitten, andere waren durch das Einatmen der Rauchgase betäubt worden. Die "Ruhr" setzte sofort nach ihrer Ankunft an der Unglücksstelle Rettungsboote aus und nahm 86 Mann der Besatzung des brennenden Dampfers an Bord. Kurz darauf trafen weitere Dampfer ein, darunter der holländische Dampfer "Achilles", ein englischer Dampfer und andere, die den Rest der Besatzung übernahmen. An eine Bekämpfung des Feuers von aussen her war nicht zu denken, da das brennende Schiff eine derartige Hitze ausstrahlte, dass die zur Hilfe herbeigeeilten Dampfer nicht näher kommen konnten. Trotzdem blieben die Dampfer in der Nähe der "Atlantique", die vom Wind langsam nach Nordosten abgetrieben wurde. Als jede Hoffnung auf die Rettung des Schiffes aufgegeben werden musste, machte sich die "Ruhr" auf den Weg nach Cherbourg, wo sie gegen 18 Uhr eintraf und die geretteten Besatzungsmitglieder der "Atlantique" an Land setzte. Auch der holländische Dampfer "Achilles" und der englische Dampfer befinden sich auf dem Weg nach Cherbourg. An Bord des "Achilles" befinden sich mehrere verletzte Besatzungsmitglieder. Die Führer von einigen Marineflugzeugen, die die "Atlantique" am Nachmittag überflogen, haben nach ihrer Rückkehr ausgesagt, dass der Dampfer vollkommen in Rauch gehüllt sei und bereits 20 Grad Schlagseite nach Backbord aufweise.

Ministerpräsident Paul Boncour hat sofort nach Bekanntwerden der Katastrophe den Minister für die Handelsmarine gebeten, der Besatzung der "Ruhr" telegraphisch seinen Dank für die Hilfeleistung zu übermitteln. Der Minister für die Handelsmarine hat sich dieser Danksagung angeschlossen.

Das deutsche Schiff "Ruhr", das einen grossen Teil der geretteten Mannschaft übernahm, ist ein 16 000 Tonnen grosses Oel-Motorschiff, das in früheren Jahren zur Stinnes-Flotte gehörte, später aber von der Hapag über-

nommen wurde. Der Dampfer, der als gemischtes Fracht- und Passagierschiff (für eine grössere Zahl Passagiere erster Klasse) eingerichtet ist, verkehrt im allgemeinen auf der Ostasien-Route und legt bei 14 Seemeilen Stundengeschwindigkeit zweimal im Jahr die Reise Hamburg - China - Hamburg zurück.

SPD. Der Dampfer "Atlantique" ist einer der schönsten und schnellsten Dampfer, die auf der Südamerika-Route verkehren. Er wurde erst vor zwei Jahren in Dienst gestellt und ist mit einem Vierschraubenantrieb versehen, dem die Antriebsleistung von Turbinen geliefert wird. Nach den bisherigen Nachrichten hat das Brandunglück rasch einen ungewöhnlichen Umfang angenommen. Anders dürfte es kaum zu erklären sein, dass es dem Dampfer nicht gelang, mit seiner grossen Geschwindigkeit die verhältnismässig kurze Strecke bis zur französischen Küste zurückzulegen. Die rasche Ausbreitung der Feuersbrunst dürfte auf die ziemlich reichliche und luxuriöse Ausstattung des Schiffes zurückzuführen sein, die naturgemäss eine starke Beladung mit brennbaren Ausstattungsmaterialien zur Folge hat. Eine so gewaltige Katastrophe ist in den heutigen Zeiten umso tragischer, als es gerade in den letzten Jahren der Chemie gelungen ist, Imprägnierverfahren für Holz, Stoffe und dergleichen zu entwickeln, die derartige Materialien völlig unentflammbar machen. Es kann kaum zweifelhaft sein, dass bei Anwendung derartiger Verfahren, die in Deutschland seit dem Brand des Stuttgarter Schlosses vielerorts für den Schutz kulturhistorisch wertvoller Holzbauwerke praktisch zur Verwendung gelangten, ein Riesenbrand von derartigem Ausmasse kaum noch möglich ist, da den Flammen die Nahrung fehlt. Man wird weitere Mitteilungen, insbesondere darüber, warum die an Bord befindliche moderne Feuerlöschanlage sich als machtlos erwies, mit Interesse entgegensehen dürfen.

Schluss des politischen Teils.- Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Die kneifenden Nazis.

SPD. Der Aeltestenrat des Reichstags hat am Mittwoch beschlossen, die nächste Sitzung des Plenums am 24. Januar stattfinden zu lassen. Dem Beschluss ging eine kurze, aber sehr aufschlussreiche Debatte voraus.

Sozialdemokraten und Kommunisten beantragten die Einberufung des Parlaments auf den 9. oder 10. Januar. Beide Parteien wollten die Beschlüsse des Haushaltsausschusses über die Winterhilfe und die Aufhebung der Juni-Notverordnung auf die Tagesordnung der ersten Sitzung gesetzt sehen. Sie unterschieden sich insofern, als die Kommunisten zunächst wenigstens im Anschluss daran die Abstimmung über die Misstrauensanträge vornehmen lassen wollten, während die Sozialdemokraten die Erklärung der Regierung und die Debatte mit der die Erörterung der Beschlüsse des Haushaltsausschusses verbunden werden könnten, in den Vordergrund stellten. Später hat dann der Abg. Torgler erklärt, dass er sich auf die Abstimmung über die Misstrauensvoten vor der Regierungserklärung nicht versteife.

Als der Vizepräsident Esser, der den abwesenden Göring vertrat, die Frage stellte, wer für die Einberufung des Reichstags am Beginn der nächsten Woche sei, erhoben sich nur die Hände der beiden Parteien der Linken. Die Nationalsozialisten, vertreten durch den Abgeordneten Fabricius, und den aus dem politischen Urlaub zurückgekehrten Gottfried Feder, die bis dahin übrigens kein Wort gesprochen hatten, stimmten mit den übrigen bürgerlichen Parteien.

Als dann von sozialdemokratischer Seite, für die die Abgeordneten Breitscheid und Löbe das Wort nahmen, die Frage aufgeworfen wurde, welchen Termin denn nun die Gegner des 10. Januar im Auge hätten, schlug Herr Bell (Ztr.) den 24. Januar vor. (Zwischenruf: Sie meinen doch hoffentlich 1933!) Er gab die merkwürdige Begründung, dass die wichtigere Arbeit in den Ausschüssen durch das Plenum nicht gestört werden solle. Jetzt fand auch Herr Fabricius die Sprache, und er vertrat den Standpunkt, es sei dem Präsidenten Göring von dem Plenum die Vollmacht erteilt worden, den Einberufungstermin von sich aus zu bestimmen. Göring aber sei nicht anwesend, also hätten Reden und Abstimmungen keinen Zweck!

Herrn Bell erwiderten die Sozialdemokraten, dass die Ausschüsse noch nie durch Plenarsitzungen behindert worden seien, und Herrn Fabricius wurde von Sozialdemokraten und anderen sehr deutlich zu Gemüte geführt, wie seine Stellungnahme nur sehr schlecht den Wunsch der Nationalsozialisten nach einem Ausweichen vor der Entscheidung verberge. Ausserdem habe Göring, wie es in dem Reichstagsbeschluss heiße, nur das Recht, den Termin "im Einvernehmen mit dem Aeltestenrat" festzusetzen, und in der Sitzung des Aeltestenrats vom Dezember, als es sich um die Einberufung wegen Winterhilfe und Amnestie handelte, sei das Argument, dessen sich heute die Nationalsozialisten bedienten, weder von Göring noch von seinen Parteifreunden geltend gemacht worden.

Nachdem dann noch eine Reihe von früher liegenden Terminen abgelehnt worden waren, fand der 24. Januar eine Mehrheit, die sich aus allen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten zusammensetzte. Die Sozialdemokraten stimmten für diesen ihren Wünschen sehr wenig entsprechenden Tag, damit überhaupt ein bestimmter Termin zustandekam, die Nationalsozialisten stimmten diesmal ebenso wenig wie bei dem Antrag auf den 10. Januar, wobei es, da eine Gegenprobe nicht vorgenommen wurde, zweifelhaft sein mag, ob sie abgelehnt oder sich enthalten haben.

Als der Vizepräsident Esser dann zur Festsetzung der Tagesordnung des Plenums eine neue Sitzung des Aeltestenrats am 20. Januar vorschlug, machte Fabricius den verzweifelten Versuch, die Ehre seiner Partei als einer kampfentschlossenen Truppe zu retten, indem er für den 24. die sofortige Behandlung der Misstrauensanträge forderte. Die Frage, wie das zu verstehen sei, und ob etwa ohne Debatte abgestimmt werden sollte, brachte den Wackeren in Verlegenheit. Er verwickelte sich in Widersprüche und griff schliesslich nach der rettenden Planke einer neuen Aeltestenratssitzung.

Wir haben die Verhandlungen so ausführlich wiedergegeben, weil sie ein so bezeichnendes Licht auf die Verlogenheit der nationalsozialistischen Agitation werfen. Im "Völkischen Beobachter", im "Angriff" und in den anderen Organen Hitlers wird Schleicher Tag für Tag der Kampf angesagt; Naziredner sprechen von dem Reichskanzler der fluchwürdigen Judenrepublik. Man sollte meinen, dass die "Befreier Deutschlands" begierig auf den Moment warteten, in dem sie zu dem vernichtenden Schlag gegen das Kabinett ausholen können. In Wirklichkeit aber kneifen sie vor jeder Entscheidung und verschanzen sich hinter den lächerlichsten Ausflüchten, um nur nicht gezwungen zu werden, ihre grossen Worte in Taten umzusetzen.

Im Kreis ihrer engeren Anhänger bemühen sie sich dabei, die immer weiter um sich greifende Unzufriedenheit über ihre Verschleppungspolitik mit den verschiedenartigsten und merkwürdigsten Begründungen zu rechtfertigen. Da soll sich der Reichstag nicht versammeln können, weil alle Kräfte in den Lippeschen Wahlkampf geworfen werden müssten, da - und das war die Parole am Mittwoch, - wird das Parlament in wenigen Tagen seine Bedeutung verlieren, weil die Kommunisten den bewaffneten Marsch auf Berlin vorbereiten, der den Ausnahmezustand und weiss Gott was sonst noch für Dinge nach sich ziehen wird. Wie muss es in einer Partei aussehen, in der man genötigt ist - und imstande ist, derartige Mätzchen anzuwenden, um die Mitglieder bei Laune zu erhalten!

Da man aber natürlich vor ernstere Menschen mit diesen Motivierungen nicht treten kann, und da doch auf der anderen Seite der Widerspruch zwischen Worten und Taten gar zu krass ist, wird bei denen, die aus bestimmten Gründen dem Nationalsozialismus noch den Schein folgerichtigen Handelns belassen wollen, immer wieder nach sachlich ernst zu nehmenden Hintergründen ihrer Politik gesucht. So heisst es aufs neue, dass Verhandlungen zwischen Schleicher und Strasser oder zwischen Schleicher und Röhm im Gange seien, und dass eine Verständigung zwischen Hitler und der Reichsregierung bevorstehe. Selbst wenn eine solche Einigung zustandekäme, wäre sie eine schwere Blamage für die Partei, die bisher den heftigsten Kampf gegen Schleicher proklamiert hat, aber wir sind überzeugt, dass hinter all diesen Gerüchten nur die Wünsche derer stecken, die helfen wollen, Hitler und seine Mannen aus ihrer Verlegenheit zu befreien.

Es bleibt eben dabei: eine Partei, die sich stolz eine Kampfbewegung nennt, weicht feige dem Kampfe aus! Sie trägt keine Bedenken, die Parolen, die sie gestern ausgegeben hat, heute preiszugeben und zu verraten. Sie erleichtert ihren Gegnern die Arbeit, indem sie sich selber in ihrer ganzen Erbärmlichkeit enthüllt.

Aus aller Welt

Spaniens Putschdilettanten.

Wer steht hinter ihnen? - "Spielwaren" in Barcelona.

SPD. Madrid, Anfang Januar (Eig. Ber.)

Das Jahr 1932 stand in Spanien unter dem Zeichen der Versuche, die "sozialistische" Regierung zu stürzen, sei es durch parlamentarische Aktionen der Rechten, sei es durch putsche, Terrorakte und Teilstreiks der Anarchisten. Die Regierungspolitik: auf legale Weise aufzubauen, was durch Jahrhunderte einer Feudal- und Klerusherrschaft vernachlässigt worden, sagte weder der ihrer Sonderprivilegien beraubten Aristokratie und Gross-Bourgeoisie, noch dem der Nur-Zerstörungstaktik des Anarchismus huldigenden Arbeiter zu.

Nachdem der Monarchistenputsch vom 10. August kläglich misslungen war, erwarteten die Unzufriedenen das Heil von der andern Seite her: von den Anarchisten. "Revolution - Generalstreik - Eisenbahnerstreik" waren die Schlagworte der letzten Monate und Wochen. Und nur ein Zufall half der Polizei, ein Komplott aufzudecken, das hinter dem vom 10. August kaum zurücksteht, nur dass man sich noch nicht im Klaren darüber ist, wer seine eigentlichen Urheber sind.

Vor einigen Tagen erfolgte in einem Fabrikraum mitten in Barcelona eine Detonation. Zwei Polizisten, die in der Nähe patrouillierten, gingen dem Geräusch nach und fanden die Inhaber der Werkstatt im Vorraum; die Erklärung, bei der Herstellung von Spielwaren sei eine kleine Explosion erfolgt, ohne weitere Folgen zu zeitigen, beruhigte die Beamten. Später sahen sie die Inhaber der Fabrik im Auto fortfahren und merkten sich zufällig dessen Nummer. Als sie dann wiederum an dem fraglichen Gebäude vorbeikamen, fiel ihnen auf, dass starker Pulvergeruch daraus hervordrang. Sie beorderten Verstärkung herbei, das Gebäude wurde durchsucht, und man fand ein Bomben- und Waffenarsenal: Mehr als 1 000 Bomben, 500 kg Dynamit, 1 000 Meter Luntten, 2 000 Zündkapseln, 1 Maschinengewehr, 81 Kisten Munition, Gewehre, Karabiner, Revolver und einige Kisten zum Transport fertiger "Ware".

Unter den Dokumenten, die ebenfalls aufgefunden wurden, war neben einer Liste, die die Namen von Soldaten der verschiedensten Truppenteile enthielt, ein Schriftstück, das davon sprach, die "Bewegung" habe am selben Tage auszubrechen wie der Eisenbahnerstreik. Da der Eisenbahnerstreik aber dank der energischen Haltung des Ministers Prieto und der sozialdemokratischen Gewerkschaften bisher verhindert werden konnte, so war auch die "Bewegung" vorläufig noch stecken geblieben.

Die Polizei versucht die Flüchtigen aufzuhalten, man findet das Auto verlassen auf der Landstrasse. Der Erkennungsdienst stellt fest, dass seine Insassen zwei Anarchisten waren, die unter verschiedenen Namen in Barcelona bekannt sind. Man verhaftet die Braut des einen, läßt die Geliebte des andern vor, aber man erfährt nichts Genaues über die Flüchtigen. Beide Frauen leugnen energisch, je irgend etwas von "revolutionären Umtrieben" ihrer Freunde bemerkt zu haben.

Das anarchistische Blatt der C.N.T. (Confédération Nacional de Trabajadores) schweigt über den Vorgang, die Rechtsblätter bringen, ohne Kommen-

tar rein referierende Berichte der Telegrafagenturen über den Tatbestand. Die Regierungspresse aber wittert, scheint, den "rechten" Wind.

Vorläufig sind nur Einzelpersonen aus Anarchistenkreisen in die Angelegenheit verwickelt. Das heisst: es scheint so. In Wirklichkeit aber muss eine starke pekuniäre Kraft hinter ihnen stecken, denn ein solches Arsenal wie das gefundene lässt sich nicht ohne energische materielle Unterstützung aufbauen.

Die Fäden sind sehr fein gesponnen, jedoch nicht so fein, dass man sie nicht doch allmählich verfolgen könnte. Sie reichen anscheinend über die spanischen Grenzen hinaus, nach Frankreich hinein. Hier sitzen, um Marseille, in den Pyrenäen und um San Sebastian herum, die Mitglieder der spanischen Aristokratie und der Gross-Bourgeoisie, die ihre Gelder vor dem neuen Regime in Sicherheit zu bringen gewusst haben. Diese Herren haben nur ein Interesse: Sobald wie möglich die heutige Regierung in Spanien zu stürzen, ehe diese durch energisch durchgeführte Reformen, die heute noch in ersten Anfängen stecken, beweisen kann, dass sie wirklich Freiheit und Brot für alle schafft, die unter Monarchie und Diktatur dem Hunger preisgegeben waren.

Da am 10. August die Angehörigen des Adels sich schon einmal persönlich mit viel Missgeschick in die Politik gemischt hatten, sodass sie zu "furchtbaren Entbehrungen" gezwungen waren (die Deportierung der Kompromittierter nach einer afrikanischen Strafkolonie erfolgte nicht in der Luxuskabine, sondern im Laderaum eines Frachtdampfers), so durfte oder wollte man sich nicht noch einmal ähnlichen Dingen aussetzen. Durch das Hilfsmittel Geld lässt sich vieles erreichen und Geld hat man. Damit kann man Leute unterstützen, die - wenn auch nicht die gleichen Gründe zur Erreichung desselben Zieles, aber immerhin dasselbe Ziel: Sturz der missliebigen Regierung, des Regimes, haben. Wer von den alten Machthabern pekuniäre Unterstützung zur Vorbereitung des aufgedeckten Komplotts geleistet hat, ist noch nicht bewiesen. Das wird sich erst feststellen lassen, wenn man die flüchtigen "Bombenfabrikanten" gefunden hat. Eines aber lässt sich feststellen: dass jetzt stärker denn je gegen den heutigen Regierungskurs in Spanien, im Inland von der katholischen Presse, im Ausland von der ihr nahestehenden kapitalistischen Rechtspresse, gekämpft wird. Die Fronten sind klar erkennbar: Hier Kapitalismus-Faschismus, hier Proletariat - Sozialismus. Wahrscheinlich wird auch das neue Jahr Spanien noch viel Unruhen und Sorgen bringen, aber man kann wohl mit ziemlicher Sicherheit prophezeien: ein Regimewechsel wird mit allen Mitteln von der sozialistischen Arbeiterschaft und den republikanischen Regierungsparteien verhindert werden!

Iwo.

+ + +
Eine schwierige Herzoperation. In Chemnitz brachte sich ein 23 Jahre alter Mann eine schwere Stichwunde bei. Der Stich drang in die Herzspitze; die linke Herzhälfte wurde geöffnet. Das Blut ergoss sich stossweise in den Brustraum. Im städtischen Krankenhaus konnte die Herzwunde genäht und der Patient somit gerettet werden. Angesichts des grossen Blutverlustes hatten sich eine Krankenpflegerin des jungen Mannes, später noch dessen eigene Schwester zu einer Transfusion zur Verfügung gestellt.

+ + +
Methode Nazi. In Gleiwitz/O.S. wurde ein grösserer Schwindel mit Fahrkartenblocks des städtischen Kraftwagenbetriebes aufgedeckt. Hauptschuldiger ist der Hilfskontrollleur Kellner, der in der oberschlesischen Nazibewegung als Redner und Leiter der nationalsozialistischen Betriebszelle in der städtischen Angestelltenschaft eine grosse Rolle spielt.

Kellner eignete sich unbemerkt zahlreiche Fahrkartenblocks an, die erst in späteren Monaten zur Ausgabe gelangen sollten. Er liess die Blocks

durch Schaffner vertreiben -: in Gleiwitz besteht nämlich eine Art Deputatensystem für Freikarten der Autobusangestellten, sodass die Schaffner nicht verwendete Freikarten auf eigene Rechnung verkaufen können. Kellner bediente sich bei den Durchstechereien seines Parteifreundes Nowak, der unter den Angestellten der Gleiwitzer Stadtverwaltung ebenfalls als Hitlermann bekannt ist. Die beiden Betrüger wurden nach Aufdeckung der Unregelmässigkeiten fristlos entlassen.

Ein toller Leichtsinn. Im Arbeitslager Raudten (Schlesien, Kreis Goldberg) steckte kürzlich ein Arbeiter seinem Kollegen, dem er das Schnarchen abgewöhnen wollte, während des Schlafens eine Roggenähre in den offenen Mund. Der Kollege atmete die Roggenähre ein. Einige Zeit darauf klagte er über heftige Schmerzen in der Brust. Bei einer Röntgenaufnahme wurde festgestellt, dass die Roggenähre sich in die Lunge eingebohrt und umfangreiche Eiterungen hervorgerufen hatte. Der Unglückliche ringt mit dem Tode.

Flieger als Geldfälscher. Auf dem Washintoner Flugfeld Newark verhafteten Beamte der Geheimpolizei den dort von Montreal eingetroffenen deutschen Verkehrsflieger Hans Dechow. Er wird beschuldigt, Mitglied einer internationalen Geldfälscherbande zu sein. Die Spezialität seiner angeblich im Jahre 1929 in Berlin gegründeten und später nach Chikago verlegten Bande war der Vertrieb von falschen Dollarnoten in den valutaschwachen Ländern. Dechow soll allein in den letzten Wochen 100 000 falsche, jedoch täuschend echt nachgemachte Dollarscheine gegen eine Kommission von 30 Prozent verkauft haben. Ein anderes Mitglied seiner Bande wurde in Chikago festgenommen. Ob diese Bande mit demselben Verbrechertyp identisch ist, der vor Jahren in Berlin über den Kaufmann Franz Fischer und über das alte Berliner Bankhaus Sasse u. Martini 240 falsche 100-Dollarscheine, in Oesterreich, Ungarn und im Fernen Osten noch weit grössere Beträge auf andern wegen in den Verkehr brachte, bedarf noch der Aufklärung.

Der Erfolg. Das mutige historische Stück des jungen Dichters Hay "Gott, Kaiser und Bauer", das auf gemeinsames Verlangen des Zentrums und der Nationalsozialisten aus dem "Deutschen Theater" in Berlin vom Spielplan abgesetzt wurde, wird nunmehr in der fast vollständigen Originalbesetzung im Berliner "Wallner-Theater" zu sehen sein und dort voraussichtlich auf lange Zeit ein grosses Zugstück bilden.

Klosterbrand. Das Dominikanerkloster in Zwolle (Holland) wurde durch Grossfeuer vernichtet.

Neuer Regener-Ballon. Professor Dr. Regener-Stuttgart, dessen Stratosphären- und Höhenstrahlenforschungen in wissenschaftlichen Kreisen grosses Aufsehen erregten, liess am Mittwoch einen aus zwei übereinander hängenden kleinen Ballonen bestehenden Höhenballon starten. Die Landung erfolgte in der Schwäbischen Alb. Die Strahlungs-Messinstrumente waren intakt. Das genaue Ergebnis der erreichten Höhe kann erst in einigen Tagen festgestellt werden.

Vierte Gizeh-Pyramide! Bei den unter Leitung von Professor Selim Hassan stehenden Ausgrabungen des Archäologischen Instituts der Universität Kairo wurde bei Gizeh eine vierte Pyramide freigelegt. Sie soll die Grabkammer der Tochter des ägyptischen Königs der 4. Dynastie Mykerinos enthalten.

Ein Kirchenräuber. In Bad Landeck wurde ein Kirchenräuber verhaftet. Er wird beschuldigt, 230 Opferkästen geplündert zu haben.



Amerika lernt - von Deutschland.

USA im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

SPD. Ausgerechnet in dem Augenblick, wo sich in Deutschland die Gegner der Gewerkschaften nicht genug über die deutsche Sozialpolitik ereifern können, gehen die Vereinigten Staaten von Nordamerika, also das Land, das von Unternehmern stets als Musterland der Privatinitiative gepriesen wurde, dazu über, die Wirtschaftskrise nach deutschem, von den Gewerkschaften auf gebautes Vorbild zu bekämpfen. Die Vereinigten Staaten, deren kapitalistische Wirtschaftsführung noch vor wenigen Jahren glaubte, die krisenlose Wirtschaft erfunden zu haben, bekennen sich unter dem unerbittlichen Druck der Krise in wachsendem Mass zu der Notwendigkeit kollektiver Hilfsmassnahmen auf der Grundlage staatlicher Zwangsverschriften. Sie legen damit Zeugnis ab für die grundsätzliche Richtigkeit der deutschen Sozialpolitik.

Vor allem hat sich drüben auf dem Gebiet der staatlichen Zwangsversicherung gegen die Arbeitslosigkeit ein Wandel in der öffentlichen Meinung vollzogen. In fast allen grösseren Staaten von USA bestehen zur Zeit Ausschüsse und Bestrebungen zur Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung. In einigen Staaten sind sogar schon entsprechende Gesetze verabschiedet. Im Staat Ohio liegt zur Zeit der Bericht eines staatlichen Ausschusses vor, der die Einführung einer staatlichen Zwangsversicherung vorschlägt, wobei die Arbeitgeber zu 2/3 und die Arbeitnehmer zu 1/3 an der Aufbringung der Versicherungsmittel beteiligt werden sollen. Auch im Staat Massachusetts empfiehlt ein Untersuchungsausschuss die Einführung eines staatlichen Versicherungssystems gegen Arbeitslosigkeit, wobei die notwendigen Mittel ausschliesslich durch Arbeitgeberbeiträge aufgebracht werden sollen. Ein staatlicher Ausschuss, der im Staat Kalifornien zur Prüfung in dieser Frage eingesetzt wurde, empfiehlt die Einführung eines Unterstützungssystems und die Bildung von Reservefonds, die vom Staat verwaltet und durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht werden sollen. Ausserdem empfiehlt der Ausschuss die sofortige Bereitstellung eines Kredits von 20 Millionen Dollar für eine ausserordentliche Unterstützung der Arbeitslosen. Der Gouverneur des Staates Pennsylvanien hat ebenfalls einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der sich mit den Vorschlägen zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung befasst, die bereits im vorigen Jahr von den Regierungsvertretern von sieben Weststaaten der USA aufgestellt worden sind.

In diesem Zusammenhang darf erwähnt werden, dass auch der Amerikanische Gewerkschaftsbund vor kurzem seine alte Haltung gegen die Arbeitslosenversicherung aufgegeben hat. Desgleichen hat der neu gewählte amerikanische Staatspräsident Roosevelt die Arbeitslosenversicherung als eine Notwendigkeit bezeichnet, um die Arbeiter von dem Druck des Hungers zu befreien.

Auch die Arbeitgeberkreise, die sich in den Vereinigten Staaten heute noch gegen einen staatlichen Versicherungszwang wenden, können sich der Notwendigkeit, geeignete Unterstützungsmassnahmen zu schaffen, nicht entziehen. Die Handelskammer der Vereinigten Staaten hat einen Ausschuss zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes eingesetzt, der eine Reihe von Richtlinien für die

Privatwirtschaft aufgestellt hat. Danach sollen vor allem die einzelnen Wirtschaftszweige aus Arbeitgebermitteln die erforderlichen Hilfsfonds aufbringen. Die Erkenntnis, Hilfsfonds zu schaffen, muss aber auf die Dauer zum staatlichen Versicherungszwang führen; denn erst durch ihn wird eine wirkliche Gewähr dafür gegeben, dass für alle Arbeitslosen einheitlich gesorgt wird.

Angesichts des vollständigen Fehlens staatlicher Arbeitslosenhilfe spielen gegenwärtig die freiwilligen Hilfsmassnahmen in Amerika eine grosse Rolle. Ende 1931 haben 36 amerikanische Betriebe Unterstützungssysteme eingeführt oder den Arbeitern eine bestimmte Beschäftigungsdauer garantiert. Diese Systeme erstreckten sich jedoch nur auf 70 000 Arbeiter. In 16 Fällen bestanden tarifvertraglich vereinbarte Unterstützungssysteme, die sich auf etwa 65 000 Arbeiter erstreckten. Gegenüber einer Arbeitslosenziffer von 15 Millionen zeigen diese Ziffern, wie mangelhaft die freiwilligen Systeme funktionieren. Sie sind der beste Beweis dafür, dass nur der staatliche Versicherungszwang wirksame Hilfe zu bringen vermag.

Auch in den Vereinigten Staaten werden die verschiedensten Versuche zur Beschäftigung und Ernährung der Arbeitslosen gemacht. So sind in Kalifornien Arbeitslager eingerichtet worden, in denen Arbeitslose im Strassenbau beschäftigt werden. Soweit sich feststellen liess, sind in Kalifornien bis jetzt jedoch nicht mehr als 40 000 Arbeiter in solchen Lagern untergekommen. Um die Folgen der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu mildern, hat Ford den Gedanken der Schrebergärten propagiert. Die Arbeitslosen und Kurzarbeiter sollen einen Teil ihres Bedarfs an Gemüse usw. selbst decken. Dieser Gedanke wurde in vielen Staaten aufgegriffen. Er führte bis jetzt zur Einrichtung von einigen hunderttausend Schrebergärten. Auch der Gedanke der kleinbäuerlichen Siedlung wird drüben in diesem Zusammenhang vertreten, und in dieser Form wurden bisher im Staate New York 244 Familien angesiedelt.

Alle diese Hilfsmassnahmen, die nicht die Lösung des Problems durch den Staat ins Auge fassen, müssen natürlich erfolglos bleiben. Noch sind die 15 Millionen Arbeitslosen in USA in der Hauptsache auf die private Wohltätigkeit, auf die Suppenküchen der Heilsarmee, des Roten Kreuzes und der reichen Amerikaner angewiesen. Erfreulich ist lediglich die Tatsache, dass die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten in wachsendem Mass für staatliche Zwangsmassnahmen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik eintritt.

SPD. Die Richtlinien für die Arbeitsbeschaffung liegen in ihren Grundzügen fest. Am Freitag soll der Kabinettsausschuss für Arbeitsbeschaffung endgültig zu ihnen Stellung nehmen. Mit den Gewerkschaften wurden die Richtlinien dieser Tage besprochen. Wie gewöhnlich, hat man den Gewerkschaften förmlich verboten, etwas über die Beratungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Das hat natürlich nicht verhindert, dass trotzdem in der Presse bereits Mitteilungen über den Inhalt der Richtlinien erscheinen. Es ist auch gar nicht einzusehen, warum die Öffentlichkeit nicht schon jetzt erfahren darf, was die Richtlinien im wesentlichen bringen werden. Grosse Geheimnisse können ja ohnehin nicht mehr ausgeplaudert werden.

Die Träger der Arbeit des Arbeitsbeschaffungsprogramms sollen die öffentlichen Stellen sein. Der Kreis dieser Stellen wird in den Richtlinien genau abgegrenzt. Finanziert werden nur volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten, vor allem Verbesserungs- und Instandsetzungsarbeiten. Gebiete mit stärkerer Arbeitslosigkeit werden bevorzugt. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Darlehn ist die Kreditfähigkeit des Trägers und die Sicherung

der Darlehnstilgung. Gewisse Arbeitsbeschaffungsmassnahmen will der Kommissar direkt bearbeiten. Der Privatunternehmer soll gegenüber den Regiebetrieben bevorzugt werden, und bei der Einstellung von Arbeitskräften will man dem Familienvater den Vorrang geben. Die Arbeit soll nur zu den Bedingungen des freien Arbeitsvertrags erfolgen und bei einer Wochenarbeitszeit von 40 Stunden erledigt werden.

Schlimm ist, dass mit dem Mehreinstellungsprämienkandal allem Anschein nach nicht aufgeräumt wird. Auch für die Arbeiten im Rahmen der öffentlichen Arbeitsbeschaffung will man den Unternehmern Mehreinstellungsprämien ausbezahlen. Dem Kommissar sind von dem Gesamtfonds der Steuergutscheine von 700 Millionen für seine Arbeiten 500 reserviert worden. Nun will man anscheinend wenigstens diese 500 Millionen von den 200 Millionen für Neueinstellungen scharf trennen und nach Erschöpfung dieser Summe keine neuen Steuergutscheine mehr für Neueinstellungen ausgeben. Das alles ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Arbeitsbeschaffung vielfach im Gegensatz zu den Bestrebungen der Gewerkschaften so gestaltet wurde, dass wohl der Privatprofit der Unternehmer, nicht aber der Lohnanteil des Arbeiters gut abschneidet.

SPD. Sechzig ausgesperrte Glasarbeiter der Glashütte Heilbronn haben nach einer durch die bürgerliche Presse gehenden Meldung einen "Hungermarsch nach Hannover" angetreten, um vor dem Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, der die Zahlung der Unterstützungen an die Ausgesperrten eingestellt habe, zu demonstrieren. Die Inszenierung dieses Hungermarsches ist nichts weiter als eine neue Hetze der RGO, die im Auftrag der KPD handelt. Die Wahlen der Ortsverwaltungen in den Verbänden und die Betriebsräteahlen stehen bevor. Da braucht die RGO Hetzstoff.

Die Arbeiter der Glashütte Heilbronn wurden Ende August des vergangenen Jahres wegen Lohn Differenzen ausgesperrt. Von der Aussperrung an wurden sie vom Verband satzungsmässig unterstützt. Anfangs Oktober wurde der Kampf offiziell beendet. Lohn Differenzen bestanden nicht mehr. Die Produktion wurde wegen grosser Vorräte und Ofenreparaturen nicht wieder aufgenommen. Der Betrieb liegt still. Seit dieser Zeit hat der Verband den arbeitslosen Glasarbeitern Unterstützungen gezahlt, die die Sätze der statuarischen Erwerbslosenunterstützung weit übersteigen. Mit dem Abbruch des Kampfes meldeten sich die arbeitslosen Glasarbeiter bei ihren Arbeitsämtern erwerbslos. Die Ämter weigern sich, Unterstützungen an die arbeitslosen Glasarbeiter zu leisten. Der Verband aber kann den Behörden nicht auf die Dauer ihre Verpflichtungen abnehmen.

In ihrem Hass gegen die Gewerkschaften führt die KPD die Glasarbeiter der Glashütte Heilbronn in falscher Marschrichtung gegen ihren eigenen Verband. Sie führt sie nicht gegen die Behörden, die zur Zahlung der Erwerbslosenunterstützung verpflichtet sind; denn der KPD liegt weniger an der Unterstützungs zahlung als an der Hetze gegen die Gewerkschaften.

SPD. Achttausend Siegerländische Metallarbeiter stehen vor der Aussperrung. Der Arbeitgeberverband der Siegerländer Gruben und Hütten hat der Belegschaft in den Metallbetrieben zum 14. Januar zwecks Abschluss von neuen schlechteren Arbeitsverträgen gekündigt. Er will eine neue Lohnkürzung. Er forderte in früheren Verhandlungen bereits einen 12%igen Abbau. Der Schlichter fällte jedoch einen Schiedsspruch, der eine Lohnsenkung von nur 1 Pfennig und zwar von 58 auf 57 Pfennig pro Stunde vorsieht. Die Metallarbeiter erwarten bestimmt Verbindlichkeitserklärung des Spruchs.



Schiebung in Ostelbien.

Wie das Reich kranke Kreditinstitute kuriert.

SPD. Der Reichskommissar für das preussische Landwirtschaftsministerium macht im Reichsanzeiger vom 29. Dezember 1932 bekannt, dass "sämtliche preussischen landwirtschaftlichen (ritterschaftlichen) Kreditinstitute in der Lage sind die von ihnen ausgegebenen Schuldverschreibungen in bisheriger Höhe weiter zu verzinsen." Das klingt so korrekt, so gediegen - und doch steckt dahinter ein neuer ostelbischer Agrarskandal, eine neue Siedlungssabotage des Reiches.

Um das zu erkennen, müssen wir uns kurz mit der Zinssenkung des früheren Reichskanzlers von Papen beschäftigen, die im September vorigen Jahres erfolgte und eine Herabsetzung der Zinsen um 2% notverordnete. Der Unterschied zwischen den alten und den neuen herabgesetzten Zinssätzen sollte dem Kapital zugeschlagen werden, wenn die Gläubiger in der Lage sind, die von ihnen ausgegebenen Schuldverschreibungen in der bisherigen Höhe weiter zu verzinsen. Gläubiger sind in diesem Falle in erster Linie die grossagrарischen Kreditinstitute in den einzelnen Provinzen, die sogenannten Landschaften, bewährte Stützen des Feudalismus. Aus der erwähnten Bestimmung der Papenschen Zinssenkung musste jeder schliessen, dass man endlich die ostelbischen Landschaften, deren Schuldner schon lange ihre Zinsen nicht mehr bezahlen, zwingen wollte, eine Bereinigung ihrer Kreditverhältnisse vorzunehmen. Die Landschaften wären dann gezwungen gewesen, die bankrotten Betriebe, die ihre Zinsen nicht mehr aufbringen können, zu versteigern. Der Siedlungsgedanke hätte Vorteil von einer solchen Entwicklung gehabt.

Im Oktober 1932 betrugen die Zinsrückstände bei den Landschaften noch rund 50%. Nun teilt der Reichskommissar für das preussische Landwirtschaftsministerium aber zwei Monate später mit, dass die Landschaften in der Lage sind, die von ihnen ausgegebenen Schuldverschreibungen ordnungsmässig zu verzinsen. Man fragt sich, ist binnen dieser kurzen Zeit ein Wunder geschehen? Sind die feudalen Landschaften über Nacht wirklich solvent geworden? Leider ist kein Wunder geschehen. Aber der Reichssäckel wird, wie das so in Deutschland unter der autoritären Regierung Sitte geworden ist, wieder einmal zugunsten der Grossagrарier tüchtig geschröpft. Um die von Papen notverordnete Zinssenkung durchführen zu können, hat das Reich nämlich die Verpflichtung übernommen, allen Landschaften den Betrag, um den die Zinsen herabgesetzt worden sind, zur Verfügung zu stellen. Das Reich hat den Landschaften auch ganz heimlich durch die Rentenbankkreditanstalt Kredite gegeben, damit der Zinsendienst für die Landschaftspfandbriefe in bisheriger Höhe aufrecht erhalten werden kann. Unnötig zu bemerken, dass es sich um Kredite handelt, die niemals zurückgezahlt werden, um ausgesprochene Subventionen aus Steuermitteln, von denen die Steuerzahler keine Zechine wieder sehen werden.

Das ist so die Regierungskunst der autoritären Herren. Man erklärt in der Öffentlichkeit, die grossagrарischen Kreditinstitute, die Landschaften, könnten zahlen, und gibt ihnen erst Geld, damit sie zahlen können. Im kaufmännischen Leben nennt man das wohl Schiebung. Man nimmt diese eigentümlichen Manipulation

vor, um den bankrotten Grossbetrieb zu schonen. Die Landschaften erhalten Regierungssubventionen, um die heruntergewirtschafteten Grossbetriebe nicht zur Zwangsversteigerung zu bringen. Was die Gläubiger, deren Forderung hinter der ersten Hypothek der Landschaften steht, anfangen sollen, ist der Reichsregierung und den mit den Grossgrundbesitzern versippten Direktoren der Landschaften ziemlich gleichgültig. Vorläufig können sie wegen des Sicherungsverfahrens an die meisten Betriebe nicht heran. Aber auch, wenn das Moratorium aufgehoben wird, ist ihnen wenig geholfen. Kommt es wirklich zur Zwangsversteigerung, dann verlangt die Landschaft, wenn Gläubiger oder Siedlungsgesellschaften das überschuldete Gut übernehmen wollen, die sofortige Auszahlung der ersten Hypothek, was natürlich unmöglich ist. Andererseits sind die Landschaften bereit, Söhnen, Töchtern oder Verwandten des Besitzers den Kredit zu belassen - um den Besitz der Familie zu erhalten. Diese unerhörte Korruption wird erst durch die Zinssubvention des Reiches an die Landschaften ermöglicht.

Der gegenwärtige Reichskanzler hat in seiner bekannten Rundfunkrede 800 000 Morgen Siedlungsland versprochen. Durch derartige Subventionsmethoden wird aber jede Siedlung unterbunden. Es ist in die Hand der Landschaften gegeben, ob Siedlungsland zur Verfügung gestellt wird oder nicht. Und die Landschaften wollen, das zeigen sie jeden Tag, nicht siedeln.

Aber auch die Landstellen geben sich jegliche Mühe, die Siedlung zu hintertreiben. Es soll kein Grund und Boden aus der Hand des Grossgrundbesitzes in die Hand des wirklich schaffenden Landwirts kommen. Jede Bereinigung der Schuldverhältnisse wird hinausgeschoben und möglichst kein Sicherungsverfahren als abgeschlossen erklärt. So sind, seitdem mit der Ausscheidung der nichtsanierungsfähigen Güter aus dem Sicherungsverfahren begonnen wurde, erst 25 000 Morgen dem Zugriff der Gläubiger freigegeben worden. Das sind rund 3% von den 800 000 Morgen, von denen der gegenwärtige Reichskanzler einmal sprach. Zu erwähnen ist wohl auch noch die Reichsanstalt für Angestelltenversicherung, die etwa 166 Millionen Mark Agrarhypotheken besitzt und sich gegen jeden Verkauf der von ihr beliehenen Betriebe an die Siedlungsgesellschaften wehrt.

Alles das geschieht unter den Augen des "sozialen Generals", der andauernd davon redet, dass gesiedelt wird. Es wird aber nicht gesiedelt. Man macht vielmehr reaktionärste Subventionspolitik, um bankrotte Grossgrundbesitzer über Wasser zu halten.

SPD. Wie die autoritäre Regierung den Siedlungsgedanken sabotiert, beweist der Konflikt des Reichskommissars für das preussische Landwirtschaftsministerium mit der gemeinnützigen Siedlungstreuhand G.m.b.H.

Diese Siedlungsgesellschaft betreibt nach den Ideen des Universitätsprofessors Franz Oppenheimer mit grossem Erfolg die Ansetzung von landwirtschaftlichen Arbeitern als Siedler. Es werden grosse Güter aufgekauft. Die geeigneten Stellen erhalten die Siedler, während das Restgut als Grossbetrieb weiterbewirtschaftet wird. Seit dem Jahre 1930 wurden von der Siedlungstreuhand rund 12 000 Morgen auf den Gütern Bärenklau bei Velten, Lüdersdorf bei Wriezen, Blumberg bei Werneuchen und Frankenfelde bei Wriezen erfolgreich bewirtschaftet und versiedelt. Das Unternehmen zeigt vor allem, dass man auch grosse Güter ohne Grossgrundbesitzer bewirtschaften kann. Das ärgert seit langem den Reichslandbund und der Reichslandbund kämpft mit allen Mitteln gegen die Siedlungstreuhand G.m.b.H. Unter der autoritären Regierung haben die Grossagrарier nun zu einem neuen Schlag ausgeholt.

Geschäftsführer der Siedlungstreuhand ist ein Dr. Dix. Der Mann ist tüchtig. Während des Krieges hat er in Preussen sich in der Urbarmachung von Mooren bewährt und besitzt aus dieser Zeit glänzendste Zeugnisse des preussischen Staates, wurde auch mit dem Verdienstkreuz für Kriegshilfe ausgezeichnet. Überhaupt hat der Mann sein ganzes Leben in Deutschland verbracht. Aber er ist im

alten Oesterreich geboren und nach Kriegsende wurde sein Geburtsort polnisch. Damit erwarb Dix, der noch dazu das Pech hat, Jude zu sein, die polnische Staatszugehörigkeit. Tausendmal hätte er nun Gelegenheit gehabt, sich in Preussen einbürgern zu lassen. Er wollte es aber nicht tun wie jeder zugereiste Altkleiderhändler, bei dem die Tatsache für die Einbürgerung genügt, dass er mehrere Jahre in Deutschland gelebt hat. Dix hatte den Ehrgeiz, auf Grund seiner Leistungen eingebürgert zu werden. Dieser Ehrgeiz ist jetzt verhängnisvoll für ihn geworden. Im Aufsichtsrat der Siedlungstreuhand forderten die preussischen Aufsichtsratsvertreter seine sofortige Entlassung aus allen seinen Funktionen. Dieser Antrag ist zwar aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt worden, aber der Reichskommissar für das preussische Landwirtschaftsministerium besteht auf dieser Entlassung.

Natürlich geht die ganze Geschichte gegen die Siedlungstreuhand. Mit der Forderung der Entlassung des Dr. Dix will man dieser Siedlungsgesellschaft nur Schwierigkeiten bereiten. Es ist notwendig, dass sich der Reichstag und der Landtag mit dieser Angelegenheit gründlich beschäftigen.

SPD. Der Streit um den Butterbeimischungszwang hat sich zu einem Duell zwischen den Margarinefabriken und dem Reichslandwirtschaftsminister Freiherr von Braun zugespitzt. Nach den Erklärungen, die aus dem Reichslandwirtschaftsministerium kommen, will Braun unbedingt an den Margarineplänen festhalten; er stehe und falle mit dem Beimischungsprojekt. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass der Beimischungszwang für die Margarinefabriken ohne eine Margarinepreiserhöhung tragbar sei. Das gelte vor allem für den Hamburger Margarinetrust.

Mit dieser Stellungnahme des Reichslandwirtschaftsministers haben sich die Margarinefabriken in den letzten Tagen beschäftigt. In den Verhandlungen, die in Berlin stattfanden, wurde darauf hingewiesen, dass die Argumentationen des Reichslandwirtschaftsministers in der Preisfrage nicht durch Tatsachen begründet seien. Der Beimischungszwang wäre ohne Preiserhöhung für Margarine untragbar. Damit bringen die Margarinefabriken erneut zum Ausdruck, dass ihr Widerstand weniger der Butterbeimischung gilt, sondern dass die Margarinefabriken sich vor allem gegen die Absicht der Regierung Schleicher wenden, dass im Zusammenhang mit der Einführung des Beimischungszwangs keine Margarinepreiserhöhung vorgenommen werden darf. Die Margarinefabriken haben der Regierung keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie ohne eine Margarinepreiserhöhung für die Margarinepläne der Regierung nicht zu haben sind.

Damit ist der Reichslandwirtschaftsminister Freiherr von Braun in eine ziemlich üble Sackgasse geraten. Nachdem er durch seine Kontingentierungspläne alle Welt in Aufregung versetzt und dem deutschen Handel schweren Schaden zugefügt hat, will er auf dem Gebiet der Margarinebeimischung unbedingt einen Erfolg haben. Er glaubt es seinem Ansehen in der Landwirtschaft schuldig zu sein, den Butterbeimischungszwang durchzusetzen. Gelingt das nicht, so rechnet der Reichslandwirtschaftsminister mit schweren Prestigeverlusten. Man kann deshalb seinen Versicherungen, dass er unbedingt an dem Margarineprojekt festhält, schon Glauben schenken. Anders steht es um den Glauben, wie der Reichslandwirtschaftsminister seine Pläne verwirklichen will. Gross ist ja die Verlockung, seinen Widerstand gegen eine Margarinepreiserhöhung aufzugeben. Mit der Aufgabe dieses Widerstandes hätte er die Margarineindustrie auf seiner Seite und könnte in verbreiteter Front die protestierenden Konsumenten übergehen. So mühelos dieser Weg aber er-

scheint, so bedenklich ist er. Nachdem sich die Regierung und insbesondere der Reichslandwirtschaftsminister in Wort und Schrift darauf festgelegt haben, dass die finanziellen Voraussetzungen es den Margarinefabriken erlauben, die Butterbeimischung ohne Margarinepreiserhöhung durchzuführen, würde eine Preiskonzession an die Margarinefabriken die Regierung Schleicher dem Hohn der Öffentlichkeit preisgeben. Man würde das Verhalten der Regierung in der Margarinepreisfrage nicht begreifen können. Man würde ihr vorwerfen können und auch vorwerfen, dass sie gegen Treu und Glauben, zum ausschliesslichen Schaden der Konsumenten und zum ausschliesslichen Nutzen der Margarineinteressenten handle. So würde das ganze Margarineabenteuer ein politisches Debakel und zumindesten der Reichslandwirtschaftsminister Freiherr von Braun wäre nicht mehr zu halten. Fügt sich der Reichslandwirtschaftsminister den Forderungen der Margarineindustrie nach einer Preis-
erhöhung nicht, dann bleibt ihm nur der eine Ausweg, mit Verwirklichung der Butterbeimischung Zwangspreise für Margarine festzusetzen. Eigentlich hat die autoritäre Regierung schon so viel in Wirtschaftsbolschewismus gemacht, dass ihr dieser bolschewistische Schritt, die Festsetzung von Zwangspreisen, nicht schwer fallen dürfte. Aber so klug ist man im Reichslandwirtschaftsministerium, dass man einsieht, mit diesen an die Kriegswirtschaft erinnernden Mitteln nicht weiter zu kommen.

So steht der Reichslandwirtschaftsminister in der Margarinefrage zwischen Tür und Angel und weiss nicht, ob er hinein oder hinausgehen soll.

Stützungsstellen experimentieren.

(Berliner Getreidebörse vom 4. Januar)

SPD. Während der Lieferungsmarkt am Mittwoch etwas Entlastung zeigte, ergab sich am Promptmarkt stärkeres Angebot. Besonders mussten die Stützungsstellen bei ermässigten Notierungen viel Roggen aufnehmen. Gerste und Hafer lagen still. Auch der Mehlmarkt hat sich nicht gebessert. Die Notierung für Roggenmehl ging sogar um 10 Pfennig zurück. Am Lieferungsmarkt liessen die Stützungsstellen die Preise um etwa 1/4 Mark absacken und erreichten damit, dass sie nur ein Drittel des vorliegenden Angebots aufzukaufen brauchten.

	3. Januar	4. Januar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	186 - 188	186 - 188
Roggen	154 - 156	152 - 154
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industriergerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	114 - 118	114 - 118
Weizenmehl	23,25-26,25	23,25-26,25
Roggenmehl	8,80- 9,20	8,80- 9,20
Roggenkleie	8,70- 9,00	8,70- 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 203½ - 203½ (204)
Mai 206 (206), Hafer März - bis 123 (122½), Mai 124½ - 124½ Geld (124½).
Roggen März 163½ - 163½ (164), Mai 166½ - 167 ½ (167).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den

4. Januar 1933

Ein wenig Ablenkung.^x

Von J. Jefferson Farjeon

SPD. Wenn ich mich nicht wohl fühle, besucht mich bisweilen eine Tante, um mich aufzuheitern. Sie kam auch, als ich kürzlich Zahnschmerzen hatte. "Was du brauchst", sagte sie mit jugendlicher Munterkeit, "ist ein wenig Ablenkung. Ich will dir vorlesen!"

Sie schlug mir sechs Bücher vor, von "David Copperfield" bis zu "Die gefiederte Schlange" von Wallace. Aber keins erschien geeignet, einen pochenden Nerv zu beruhigen. So verfielen wir auf das Morgenblatt, und schliesslich musste Tante zugeben, dass dies wirklich noch das Beste war. "Als dein armer Onkel starb", bemerkte sie, "pflegte ich ihm stets die Zeitung vorzulesen. Es heiterte ihn auf. Was soll ich dir also vorlesen? Vielleicht "Frau in Dorsetshire von einem Stier aufgespiesst!"?"

Ich war im Zweifel, ob die Aufspiessung einer Frau besonders gut für meine Zahnschmerzen sei. Deshalb las die Tante den Bericht schnell selber, unter dem Vorwand, etwas meinem Geschmack Entsprechenderes zu suchen. "Hier!" rief sie dann aus. "Hör' mal! "Geisteskrankheiten unter Frauen über 21 Jahren um drei Prozent öfter auftretend als bei Männern über einundzwanzig Jahren". Was wohl der Grund sein mag?"

"Wahrscheinlich, weil die Frauen heutzutage auf jedem Gebiete tonangebend sein wollen", murmelte ich. Aus dieser Antwort kann man ersehen, wie arg meine Zahnschmerzen waren.

"Was sagt du, mein Lieber?" fragte die Tante. "Nichts", antwortete ich.

Misstrauisch geworden und ein wenig verletzt setzte die Tante ihr gutes Werk fort. "Nach Professor Winterbottom - merkwürdiger Name, nicht? - liegt die Hauptsache des Wahnsinns in den wiederholten Erschütterungen des Unterbewusstseins zufolge überempfindlicher Nerven..."

"Tante", unterbrach ich sie, "in meinem Oberkiefer ist ein überempfindlicher Nerv..."

"Nun ja, aber du hast mir doch versprochen, nicht mehr daran zu denken, nicht wahr?" tadelte sie mich. "Jetzt wollen wir einmal nachsehen, ob wir nicht erheiternde Dinge finden können..."

"Was gibt es Neues im Fussballsport?" fragte ich.

"Nun, ist nicht ein Mann wie der andere?" seufzte sie. "Dein armer guter Onkel war genau so wie du. Wenn ich ihm irgendetwas wirklich Interessantes vorlas, hat er mich immer, den Sportteil aufzuschlagen. - Aston Villa gegen Sussex 7:5. Wer kümmert sich schon viel darum?" - Ah, was gibt es hier? "Bootstragödie. Drei junge Leute mieteten sich gestern in Teddington ein Ruderboot und ertranken alle!"

"Gegen wen spielt Arsenal morgen?" fragte ich.

"Alter Mann fällt in eine Grube", antwortete Tante. "Warum sie keinen Zaun um ihre Gruben ziehen, weiss nur Gott! Oder soll ich dir die letzte Rede Macdonalds vorlesen? Sieht sehr langweilig aus. Nein! - Da, hier ist etwas Interessantes! "Kätzchen bringt Verkehr zum Stocken! In der Fleet Street erregte es gestern grosse Heiterkeit, als eine kleine Katze gemächlich über die Kreuzung ging und ein gutherziger Polizist den Verkehr auf-

hielt, damit das Kätzchen nicht überfahren werde."

Erfolglos versuchte ich mir die Heiterkeit vorzustellen, die angeblich in der Fleet Street herrschte, während die Tante fortfuhr: "In den letzten zwei Monaten ereigneten sich einundzwanzig Unglücksfälle, davon zehn tödliche in den Schweizer Alpen"... Doch entschuldige, du willst ja nichts von solchen Dingen hören... Ah! "Der Kopf im Gasofen!"...."

Meine Zahnschmerzen verschlimmerten sich zusehends. Ich empfand so viele Erschütterungen an meinem überempfindlichen Nervenende, dass ich fürchtete, der Prozentsatz der Geisteskrankheiten unter Männern über einundzwanzig Jahre würde bald den der Frauen übersteigen... "Bitte, lies mir die Fussballnachrichten vor", flehte ich, fast unter Tränen.

Da wurde die Tante endlich meiner Existenz gewahr. Sie betrachtete mich besorgt und floh zum Fussball. "Berühmter Fussballspieler", las sie rasch, "ernsthaft verletzt. Gehirnerschütterung...."

Da gab es nur eine Lösung. Ich ging zum Zahnarzt und liess mir das böseartige Ding ziehen.

X
Ein alltägliches Schicksal.

SPD. Als Albert eben geboren war, klebten rote Zettel an den Mauern und Anschlagssäulen der kleinen Stadt. Der Krieg war ausgebrochen, und die Männer des Ortes verschwanden in den Kasernen, danach in den Schützengräben. Alberts Vater, der als Heizer in einer Metallwarenfabrik arbeitete, war unter ihnen. Im dritten Kriegsjahr wurde er auf ein U-Boot abkommandiert. Das Boot machte seine erste Ausfahrt an einem trüben Märzorgen. Regenwolken hingen über der Nordsee, schwer und dick; der Westwind trieb sie gegen das Land. Das Boot kehrte von seiner ersten Fahrt nicht zurück.

Alberts Mutter heiratete nach dem Kriege einen Bautischler, einen Witwer mit zwei Kindern, und zog mit ihm nach Berlin. So wuchs Albert in einem grossen Miets Hause im Norden Berlins auf. Der Schatten dieses Hauses lag über seiner Kindheit, und sein Hof, den die Heringstonnen einer Seefischhandlung verpesteten, wurde sein Schicksal; es war wie der Hof eng und grau. An schönen Tagen lief Albert mit den Geschwistern auf den Spielplatz. Unter dem kümmerlichen Schatten einiger Platanen trieben die Kinder des Viertels ihre Spiele. Auf den Bänken sassen die Mütter, neben ihnen alte Männer, Invaliden, Greise, in deren Gesprächen vergangene Zeiten aufflackerten, müde, wie heruntergebrannte Kerzen. Im Hintergrunde lagen die roten Mauern einer Eisengiesserei. Einmal schenkte eine Dame Albert für einen kleinen Botengang ein Fünfpfennigstück. Die Finger des Knaben schlossen sich fest um die Münze. Lange Zeit wunderte er sich, dass es Menschen gab, die ihm für eine kleine Mühe so viel Geld schenkten.

Im Herbst liessen die Kinder auf einem Felde in der Vorstadt Drachen steigen. Alberts Drachen stand am höchsten; der lange Schweif flatterte im Winde. Albert glaubte, sein Drachen würde bald in den Wolken verschwinden, aber während er nach oben schaute, stolperte er über ein Erdloch; vor Schreck entglitt ihm die Schnur, und der Wind trieb den Drachen in den nahen Wald. Dort blieb der Drachen im Wipfel einer hohen Kiefer hängen.

Einige Male wurde Albert in den Ferien aufs Land zu einem Bauern geschickt. Das waren die grössten Erlebnisse seiner Kindheit. Das Rauschen eines mächtigen Waldes, in dem er sich einmal verirrt, behielt er zeitlebens in Erinnerung. Eine andre Welt erschloss sich ihm, ja, sie nahm ihn bereitwillig auf und schien das Harte und Enge seines Lebens verwischen zu wollen. Als man Albert zur Bahn brachte, weinte er und konnte sich nur schwer damit abfinden, dass er wieder in die Stadt musste.

Als er vierzehn Jahre alt war, starb sein Stiefvater. Er stürzte beim Einsetzen eines Fensterrahmens vom Gerüst. Alberts Mutter bekam eine Stellung als Zeitungsfrau; die Kinder halfen ihr beim Austragen. Ursprünglich sollte Albert ein Handwerk erlernen; nun war es nötig, dass er bald Geld verdiente. Zuerst wurde er Laufjunge in einem Zigarettengeschäft, später Begleiter des Lieferwagens einer grossen Seifenhandlung. Manchmal fuhren sie bis in die nächsten grösseren Orte der Umgebung, an Feldern vorbei, auf denen junges Korn stand, und durch die verschlafenen Häuser eines abgelegenen Dorfes; erst in der Nacht kehrten sie heim. Diese Touren gefielen Albert am meisten. Als er seinen ersten Lohn empfing, war er stolz auf das viele Geld, das man vor ihn hinzählte. Doch während er mit der Mutter rechnete, schrumpfte das Geld zu einer kümmerlichen Summe zusammen, die niemals reichen wollte.

An den Abenden stand Albert mit den Jungen vom Hinterhause vor der Tür. Manchmal gingen sie auf den kleinen Rummelplatz in der Nähe. Die quietschenden Luftschaukeln flogen auf und nieder; die Karussells drehten sich zum Lärm der Drehorgeln. Albert lauschte den Stimmen der Ausschreier. Sein grösster Wunsch war es, einmal ein Motorrad zu besitzen oder als Schofför mit einem der grossen Ueberlandkraftwagen durch Deutschland zu fahren und immer wieder neue Strassen, Städte und Dörfer zu sehen.

Aber gerade als er als Schofför ausgebildet werden sollte, stellte die Firma ihre Zahlungen ein und ging in Konkurs. So wurde Albert mit 17 Jahren arbeitslos. Eine zeitlang half er der Mutter die Zeitungen austragen. Von den beiden Schwestern hatte die eine inzwischen geheiratet, die andere war in Stellung. Im Herbst bekam Albert Aushilfsarbeit als Zeitungsfahrer. Das dauerte aber nur sechs Wochen; dann sass er wieder daheim, und mit ihm die meisten Männer des Hauses. Er versuchte alle erdenklichen Möglichkeiten, um sich Arbeit zu verschaffen, aber überall, wohin er sah, standen schon viele Andre und warteten gleich ihm auf Arbeit. Es schien, als seien ganze Generationen überflüssig und Millionen Menschen zuviel auf der Welt.

Albert wurde 19 Jahre alt. Langsam kam eine tiefe Gleichgültigkeit über ihn. Er verträdelte die Tage. Das Leben war ohnehin nur noch eine sinnlose Aneinanderreihung von Tagen, Wochen und Monaten, die kamen und gingen. Am besten war's, wenn man die Zeit verschlief; da konnte man wenigstens das Essen sparen. Ueberhaupt das Essen! Die Leute sprachen wieder davon, wie in der Zeit des grossen Krieges. Der Hunger ging von Stube zu Stube, und die Menschen fürchteten sich vor dem Winter, der ihnen zum Hunger noch die Kälte schickte.

Als Albert in die Wohlfahrt kam, langten seine Unterstützung und der Verdienst der Mutter kaum noch zum Leben. Manchmal strich er an den Auslagen der Geschäfte vorbei, und in seine Augen trat ein gieriges Verlangen, das er kaum bezähmen konnte.

Es wurde Januar. Ein scharfer Ostwind klirrte durch die Stadt. Die Fassaden der Häuser glitzerten vor Frost. In der Warmhalle hockten die Menschen regungslos auf den Bänken und liessen sich die Wärme durch den Leib gehen. Albert setzte sich gewöhnlich zu den Jungen, die mit ihm im gleichen Hause wohnten. Wenn sie Geld hatten, gingen sie in das kleine Tageskino an der Ecke und blieben dort bis zum Abend, uralte Filme betrachtend, ebenso abgerissen wie sie selber. Das ganze Kino sass voller Arbeitsloser. Einige von ihnen gingen auch manchmal noch in die Höfe singen. Aber die Leute öffneten schon nicht mehr die Fenster. Andre lasen, was sie in die Hand bekamen, und aus billigen Groschenheften, aus Detektivgeschichten und Liebesromanen erwuchs ihnen ein erträumtes Leben, über dem sie sich selber und die erbärmliche Wirklichkeit vergassen.

Nur den Hunger vergassen sie nicht, der in ihnen steckte wie eine Krankheit, und den das schlechte Kesseessen nicht stillen konnte. Schliesslich gingen sie, eines Abends zu fünfen in das grosse Lebensmittelgeschäft, in einen hell erleuchteten Laden, vor dessen Schaufenster sie lange gestanden hatten

Während die erschrockenen Verkäuferinnen sich vor Angst nicht zu rühren wagten, packten Albert und die Andern einige Würste, Konserven und Brote in die Rucksäcke. Aber trotz der Dunkelheit entdeckte sie eine Polizeistreife. "Halt...stehenbleiben..." wurde hinter ihnen hergeschrien, Sie rasten die Strasse entlang, in eine Seitenstrasse, in eine neue, helle Hauptstrasse. Die Andern entkamen. Albert aber stellte sich ein Verkehrsposten mit ausgebreiteten Armen entgegen. Ausweichens stürzte Albert auf den Fahrdamm, hörte noch das schrille Kreischen der Autobremsen und wurde von etwas Hartem, Schmerzndem gestossen. Ueber den Fahrdamm rollten Brote und Würste.

"Einer der Plünderer", so hiess es im Abendblatt, "wurde auf der Flucht von einem Lieferwagen überfahren und starb auf dem Wege ins Krankenhaus." Da sich in dieser Zeit gerade die Plünderungen häuften, geriet dieser Vorfall rasch in Vergessenheit, und nur eine Mutter weinte über den Tod ihres Kindes, das vom Leben aus der Bahn geworfen worden war.

Kaliban.

X
Nächtliches S.O.S.

SPD. Einsam liegt die Rettungsstation an der holländischen Küste. Das kräftig gebaute Rettungsboot ist ausfahrtbereit, und in dem einfachen, weissgetünchten Dienstraum harren in dieser unheilschwangeren Sturmnacht zwölf Männer des Augenblicks, da der Ruf an sie ergeht. Der Markonist verrichtet schweigend seinen Dienst, wohl wurde schon mehr als einmal das schicksalsschwere S.O.S. vernommen, aber bei näherer Nachfrage lag das gefährdete Schiff irgendwo an der englischen oder schottischen Küste oder auch zu fern draussen in der Nordsee, sodass eine Alarmierung der eigenen Station unterbleiben konnte.

Draussen heult der stündlich noch zunehmende Sturm. Die spärlichen Bäume an der oben auf dem Dünenkamm entlangführenden Strasse werden fast bis auf den Boden hinuntergebogen, und die Strasse selbst liegt verlassen da, weil selbst widerstandsfähige Wanderer befürchten müssen, vom Winde gepackt und zu Boden geschleudert zu werden. Die See aber stürmt wie ein wutentbranntes Ungeheuer mit gewaltiger Brandung gegen die Dünen an. Der Strand, wo an schönen Sommertagen Tausende von Menschen rasten oder baden, ist von den Wogen verschlungen, die sich zwischen den Dünen in das dahinter geborgen liegende Land Bahn zu brechen trachten. Der Himmel ist mit schweren, dunklen Wolken behangen, aus dem unaufhörlich Regen herniederpeitscht. Kein Stern ist zu sehen, nur der ständig aufflackernde und verschwindende Widerschein der Leuchtfeuer der benachbarten Häfen geistert in regelmässigen Abständen über die wild erregte See dahin.

Vom Orte selbst ist kein Fischer ausgefahren; die paar Boote, die draussen auf See waren, konnten alle rechtzeitig durch den Klang der Sirene gewarnt werden. Dennoch schlafen auch die Frauen der zwölf Männer auf der Rettungsstation noch nicht. Sie lauschen bisweilen an den Fenstern, ob sie den schweren Tritt der Männer hören, die das Rettungsboot knirschend über den Sand schieben. Und jedesmal, wenn auf der Strasse, die nach der See führt, noch alles ruhig bleibt, setzen sie sich beruhigt, aber doch voller Sorge wieder nieder. Auch sie wissen, dass Rettungsdienst schwerer Dienst ist, und dass schon mehr als einmal eine todesmutige Mannschaft, die einem in Not befindlichen Schiffe Hilfe zu bringen trachtete, das eigene Leben wagte. Wie langsam schleichen aber die Stunden in einer solchen Sturmnacht dahin; davon wissen sowohl die Männer, die schweigend die kurzen Pfeifen rauchen, und bei denen heute Nacht kein Gespräch aufkommen will, wie die standhaften Fischer-

frauen zu erzählen. Rettungswerk ist keine Arbeit, bei der viel zu verdienen ist, und geht die Rettungsmannschaft zugrunde, dann winkt den Hinterbliebenen bei der unvollständigen Organisation des Küstenrettungswesens keine Pension, sondern sie sind auf das angewiesen, was durch freiwillige Gaben zusammenkommt. Welches Los aber wäre ungezählten seefahrenden Menschen beschieden, wenn es diese einzig wahren Helden der See nicht gäbe!

Da plötzlich klingen im Warteraum wieder die verhängnisvollen Morsezeichen: Drei Punkte, drei Striche und nochmals drei Punkte, S.O.S., und der Markonist stellt fest, dass das bedrohte Schiff nur wenige hundert Meter von der Küste entfernt auf eine Sandbank gefahren sein muss. Noch sitzt es fest, aber eine neue gewaltige Flutwelle kann es packen und gegen die Dünen schleudern, dass es wie ein Spielzeug auseinanderbricht und alle Menschen an Bord in den eiskalten Wogen ertrinken. Der Markonist hat schon Verbindung; inzwischen machen einige Männer die Feuerpfeile fertig und begeben sich nach draussen, um sie abzuschliessen.

Dann erschallen in der Halle die kurzen Kommandos des Führers des Rettungsbootes, und dieses wird so schnell als irgend möglich von den trotz Sturm und Kälte schwitzenden Männern hinausgeschoben. Vor den Fenstern der kleinen Häuser im Dorfe wird fast überall Licht sichtbar; jetzt würde ungeachtet der inzwischen angebrochenen dritten Stunde nach Mitternacht keine Frau eines Rettungsmannes daran denken, sich zum Schlafen zu legen.

Schon schaukelt das Boot auf den hochgehenden Wellen, die es bald wie ein Kind den Ball in die Höhe werfen, dann wieder in die Tiefe stürzen, als sollte es verschlungen werden. Aber die unerschrockenen Männer im Boot erreichen das Schiff, und der Markonist auf der Rettungsstation kann bald die Meldung aufnehmen, dass es mit Tauen und Strickleitern geglückt ist, einen Teil der Besatzung an Bord des Rettungsbootes zu nehmen. Frauen, denen es draussen auf den Dünen zu kalt und zu stürmisch ist, stehen jetzt im Warteraum und lassen sich von dem Markonisten berichten. Gross ist der Jubel, als die Tür aufgeht und einige Mann vom Boot mit den ersten Schiffbrüchigen erscheinen, die sich vorläufig hier aufwärmen dürfen, bis weiter für sie gesorgt werden kann.

Noch sind fünf Menschen an Bord geblieben, und die todesmutigen Männer müssen nochmals hinaus. Wieder vergeht eine halbe Stunde in endloser Spannung; zudem wird die Verbindung mit dem Schiffe zusehends schlechter. Da endlich schlägt der Aufnahmeapparat des Markonisten wieder an; es ist vom Unglücksschiffe her, wo die Retter wieder eingetroffen sind. Wiederum tiefes Schweigen; wird das Rettungswerk auch dieses zweite Mal gelingen? Ein neues Anschlagen des Apparates; der Schiffsmarkonist teilt seinem Kollegen auf der Station mit, dass er jetzt mit dem Kapitän das inzwischen mittschiffs durchgebrochene Schiff verlassen wird. Dann hört die Verbindung auf. In dem Schweigen klingt der Nordseesturm doppelt unheimlich; jeder fragt sich, ob die wackeren Männer zurückkehren oder mit den Geretteten angesichts der Küste doch noch eine Beute des nassen Todes werden.

Da, ein Knirschen draussen am Strande; das Boot wird an Land gezogen, und die Retter mit den letzten Geretteten werden mit lautem Hurra empfangen. Diesmal sind sie wieder Sieger über den blanken Hans geblieben. Aber wie lange noch?

Otto Burgemeister (Amsterdam)

Ein Jubiläum des Mikroskops.^x

SPD. Vor 300 Jahren wurde in Delft in Holland ein Mann geboren, den man recht eigentlich als den Begründer der mikroskopischen Forschung ansprechen

kann: van Leeuwenhoek, der Sohn eines Korbflechters, der selber die verschiedensten Berufe, u.a. die eines Buchhalters, Kassierers, Gerichtsdieners und Landvermessers ausgeübt hat, und der frühzeitig naturwissenschaftliche Studien betrieb. Vor allem erlernte er das Optikerhandwerk, schliiff sich Linsen aus feinstem Glas und stellte damit Mikroskope her, die eine sehr viel stärkere Vergrösserung bewirkten als die Lupen, die man bis dahin benutzte. Diese Leeuwenhoek'schen Mikroskope waren noch recht unhandliche Instrumente; der Forscher aber sah mit ihnen, was vorher keines Menschen Auge erblickt hatte: die Welt des unendlich Kleinen, von deren Entstehen und Vergehen unsre Vorfahren keine Ahnung hatten. Er war der erste, der im Wassertropfen einen Mikrokosmos entdeckte, eine ganze Welt kleinster Lebewesen, die sich bewegen, vereinigen und zugrunde gehen wie wir. Nachdem der erste Schritt getan war, folgte Entdeckung auf Entdeckung.

250 Mikroskope hat der Forscher sich für seinen eigenen Gebrauch hergestellt. Man bot ihm viel Geld dafür. Er aber lehnte es ab, sich bei seinen Lebzeiten von auch nur einem einzigen der kostbaren und ihm lieb gewordenen Instrumente zu trennen. Um mit eigenen Augen durch ein Mikroskop zu schauen, scheuten die Menschen jener Zeit auch nicht die grössten Entfernungen. Selbst die Königin von England kam nach Delft, um die Welt der unsichtbaren Lebewesen durch ein Leeuwenhoek'sches Mikroskop zu erblicken. Auch der russische Zar Peter der Grosse huldigte dem Entdecker einer neuen Welt, die der Wissenschaft ganz neue Blickweiten erschloss.

Ein Meister der Illustrationskunst.^x

SPD. Auf dem Gebiete der Buchkunst können wir für das 19. Jahrhundert eine recht fragwürdige Hochblüte feststellen. Mit dem riesigen Aufschwung der Technik glaubte man auch auf buchkünstlerischem Gebiete die vergangenen Zeiten übertrumpfen zu müssen. Es entstanden umfangreiche und pompöse Prachtwerke mit illustrativen Beigaben ähnlicher Art, die man heute als Geschmacksverirrungen einer auf nicht weniger Gebieten kritiklosen Zeit allgemein und mit Recht ansieht. Als eigentlicher Vater dieser sonderbaren "Buchkultur" muss der aus Strassburg stammende, vor 100 Jahren (am 6. Januar 1833) geborene und in Paris tätig gewesene Maler und Graphiker Gustave Doré bezeichnet werden. Im Hinblick auf sein umfangreiches Lebenswerk allerdings nicht im schlechten Sinne. Doré ist nur durch die Art, wie seine illustrative Phantasie in meist allzu auffälligen Prachtwerken gezeigt wurde, mitschuldig an den bald nachfolgenden Geschmacksverirrungen geworden.

Als künstlerischer Charakter gehört Doré noch ganz der Vergangenheit an. Im Gegensatz zu seinem 15 Jahre älteren Zeitgenossen Daumier wirkt seine Auffassung und Darstellungsart ganz romantisch und rückwärtsgewandt, wenn auch, zumal in der Holzschnittechnik seiner Frühzeit, immer geistvoll und eigenartig. Ein Kind seiner Zeit ist er trotzdem durch seine ungewöhnliche karikaturistische und satirische Begabung. Sein Illustrationswerk "Das heilige Russland", eine gleicherweise scharfe und humorvolle Verspottung der damaligen russischen Rückständigkeit und des kindischen Grössenwahns der russischen Machthaber, ist deshalb auch bis heute sein Hauptwerk geblieben. Daneben schuf er von echt französischem Geiste beseelte Illustrationen zu Balzacs "Contes drôlatiques" und zum "Don Quichotte" von Cervantes und begründete damit seinen zeitgenössigen Ruhm. Mit dem äusseren Erfolge büsste er dann nach und nach seine lebendig-schöpferische Begabung ein. Während seine Holzschnitt-Illu-

strationen zu Dantes "Göttlicher Komödie" und zum "Rasenden Roland" von Ariost noch immerhin den erfindungsreichen und espritvollen Graphiker erkennen lassen, wird Doré späterhin ganz konventionell und merkwürdig trocken. Dabei erscheint die sogenannte Pracht der mit seinem Namen verbundenen Publikationen immer grösser und auffälliger. Ganz besonders in seinen auch bei uns allgemein bekannten und geschätzten Illustrationen zur Bibel, die ihn schliesslich am meisten berühmt gemacht haben, empfindet man ganz deutlich die handwerkliche und künstlerische Leere, vor allem im Gegensatze zu den Illustrationsfolgen seiner Jugendzeit, wo das für ihn eigentümliche Pathos in geistvollen Schwarzweiss-Kontrasten ungemein verlebendigt ist und deshalb als solches kaum auffällt.

Der Grund eines solchen künstlerischen Niederganges wäre schwer verständlich, wenn man nicht auch den Maler Doré kennen würde. Während sein besonderes Naturell durch die Beschäftigung mit dem damals fast vergessenen und deshalb auch nicht akademisch überlieferten Holzschnitt einen frischen Auftrieb wenigstens in seinen Frühjahren erfuhr, blieb er als Maler ganz in den Bahnen einer nur der akademischen Konvention verhafteten Historienmalerei. Wenn man seine Gemälde, etwa den "Tod des Orpheus" oder die zahlreichen religiösen Bilder in der Doré-Galerie zu London sehen würde, könnte niemand glauben, dass dieser fade Akademiker auch die bedeutenden Holzschnitt-Folgen geschaffen hat.

Doré starb vor 50 Jahren am 23. Januar 1883, in Paris als ein berühmter Künstler. Sein Aufstieg zur Berühmtheit und sein künstlerischer Niedergang wirken wie ein kunstsoziologisches Musterbeispiel des 19. Jahrhunderts.

Dr.O.B.

Berliner Theater.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Selten haben Quantität und Qualität der Berliner Weihnachtspremieren in so schroffem Missverhältnis zueinander gestanden wie in dieser Spielzeit. Das einzige über Berlin hinaus bemerkte Ereignis ist nicht die Aufführung eines Stückes gewesen, sondern seine Absetzung vom Spielplan. Das im "Deutschen Theater" herausgebrachte, eine historische Episode aus dem späten Mittelalter behandelnde Schauspiel "Gott, Kaiser und Bauer" von dem Ungarn Julius Hay (dem Verfasser des kurz zuvor in der "Volksbühne" durchgefallenen Schauspiels "Das neue Paradies") hat den Zorn der Zentrums- und Nazipresse erregt, und wiederholte Störungen der Aufführung haben der Direktion den willkommenen Anlass zur Absetzung des Stückes geliefert. Die Berliner Presse hat diesen Vorgang als den Sieg der Kulturbareiberei über ein wagemutiges Theaterunternehmen hinzustellen beliebt. In Wirklichkeit haben die Direktoren Dr. Rudolf Beer und Karlheinz Martin, die sich während dieser ganzen Spielzeit in der Auswahl ihres Spielplans von erstaunlicher Ratlosigkeit gezeigt haben und dadurch in schwere finanzielle Bedrängnis geraten sind, sehr schnell den Misserfolg der Aufführung von "Gott, Kaiser und Bauer" erkannt und deshalb gern die Gelegenheit wahrgenommen, im Glorienschein vergewaltigter Kulturförderer die Aufführungen einzustellen. Ob sie dadurch jedoch die drohende Pleite ihres Unternehmens abgewendet haben, kann noch nicht als sicher gelten.

Historische Stücke sind überhaupt neuerdings wieder besonders beliebt. Das ist gewiss berechtigt, soweit dem Stoff und der Art seiner Darstellung eine gewisse ewige Aktualität - man denke etwa an Hauptmanns "Florian Geyer"! - innewohnt. "Oliver Cromwells Sendung" jedoch, deren Dramatisierung von Walter Gilbriht wir in der "Volksbühne" kennen lernten, scheint unserm

Interesse recht fern zu liegen, auch wenn - oder vielmehr: erst recht, wenn - der Verfasser in einem Vorspiel und einem Nachspiel eine Parallele zu den politischen Kämpfen der Gegenwart, die aus seiner Darstellung selbst nicht zu erkennen ist, zu unterstreichen sucht. Der Verfasser reiht einfach eine Anzahl historischer Begebenheiten mit chronologischer Treue aneinander, ohne dass sich dabei eine tragende Idee, eine Entwicklung, ein tragischer Konflikt ergibt. Gilbricht bringt es sogar - offenbar gegen eine Absicht - fertig, uns den Revolutionär Cromwell, der anfangs die Demokratie gegen den absolutistischen König Karl I. von England verteidigt, dann aber nach errungenem Siege das Parlament auseinanderjagt und sich selbst, auf die Macht der Bajonette gestützt, zum Diktator aufschwingt, ausgesprochen unsympathisch erscheinen zu lassen. Lebendig charakterisiert ist merkwürdigerweise nur der König, und die Szenen, in denen der König auftritt, zeigen auch eine dramatische Gestaltungskraft. Im ganzen jedoch vermag der lediglich durch geschichtliche Wirklichkeit legitimierte, menschlich unergiebigste Handlungsablauf keine stärkeren Eindrücke zu hinterlassen. Einzelne fesselnde Bühnenwirkungen sind lediglich das Verdienst des Regisseurs Heinz Hilpert und der beiden Hauptdarsteller Eugen Klöpfer und Alfred Gerasch.

Einen gewissen Saisonserfolg, der auch auf die Bühnen des Reiches übergreifen dürfte, kann man vielleicht dem Volksstück "Das Haus dazwischen" von Marcellus Schiffer und Felix Joachimson zusprechen, das seine Uraufführung im "Komödienhaus" erlebte. Im Mittelpunkt des Stückes steht ein verbahrter, ewig rechthaberischer Kleinbürger - eine dankbare Rolle für den Spezialisten dieses Typus Max Adalbert -, der aus harthäckigem Konservatismus nicht dazu zu bewegen ist, sein baufälliges Haus für eine Million Mark an die Besitzer eines benachbarten pompösen Vergnügungspalastes zu verkaufen, und der schliesslich, als die Bruchbude bereits einzustürzen beginnt und er den Vertrag - teils, weil er immer alles anders macht, als man es von ihm erwartet, teils aus väterlicher Liebe und Fürsorge für seine Tochter Barbara - doch noch unterzeichnet, den ersehnten Triumph erlebt, die schon nicht mehr zahlungsfähige City-Palast-Gesellschaft durch seine überraschende Unterzeichnung des Kaufvertrages pleite zu machen. Als Ganzes betrachtet, ist die Handlung von unglaublicher Unwahrscheinlichkeit und Naivität. Aber sie weist eine Reihe wirkungssicherer humoristischer Einzelzüge auf und rührt auch ganz leise an eine gewisse soziale Tragik, ohne im wesentlichen - von wenigen Momenten abgesehen - sentimental-kitschig zu werden. Die von Mischa Spoliansky beigezeichnete Vertonung der eingestreuten Chansons, die die bewährte Hand des verstorbenen Marcellus Schiffer verraten, ist nicht gerade erfindungsreich, aber eingängig und von gediegener Arbeit. Die chromatisch absteigenden Molllöne des Rumba-Schlägers: "Vielleicht gewöhnt man mit der Zeit sich an die Zeit" und die flotte Walzerweise "Knorr ist da..." vermögen immerhin dank ihrer beschwingten Rhythmik den Zuhörer zu packen.

Bz.

SPD. Uebertriebenes Verlangen.^x Der berühmte schottische Humorist Harry Lauder gab einmal ein Gastspiel in einer kleinen Stadt Nordschottlands. Der Hoteldiener, ein junger Bursche, bat ihn flehentlich um eine Freikarte. Die ihm von Lauder auch bewilligt wurde. - Am nächsten Vormittage fragte der Humorist den Burschen: "Und wie hat Ihnen die Vorführung gefallen?" - "Gut", erwiderte zögernd der Hoteldiener. Dann fügte er, ein echter Schotte, hinzu: "Und wer bezahlt mir die verlorene Zeit?"